

DER SOZIALDEMOKRATISCHE KÄMPFER

Bund Sozialdemokratischer FreiheitskämpferInnen, Opfer des Faschismus und aktiver AntifaschistInnen

1934-1945



Ein Präsent für einen Antifaschisten

Am 10. Juli fand in den Klubräumen der SPÖ im Parlament in Wien eine Sitzung des Bundesparteiorgans der SPÖ statt. Vor der Besprechung überreichten Marina Hanke, Paul Stich, Michael Ludwig und Gerald Netzl - die Mitglieder des Bundesvorstands der Sozialdemokratischen FreiheitskämpferInnen im SPÖ-Bundesparteiorgans - Gen. Andreas Babler das Plakat des Republikanischen Schutzbunds.

Wir gratulieren Gen. Babler an dieser Stelle zur Wahl zum Parteivorsitzenden am 3. Juni. Wir wünschen ihm viel Kraft und Erfolg! Wir wissen unsere Themen Antifaschismus, Demokratie, Einsatz für eine soziale Politik bei ihm in guten Händen - Gen. Babler ist seit 2000 Mitglied unseres Bundes.

Freundschaft!



Aloys Stöger

V. l. n. r. Marina Hanke, Paul Stich, Andreas Babler, Michael Ludwig und Gerald Netzl



Konferenz am Alsergrund

Am 31. Mai trafen sich die Genossinnen und Genossen unserer Bezirksgruppe Alsergrund und hielten ihre Konferenz ab. Beim Totengedenken wurde besonders Peter Lhotzky und Herta Novotny gedacht. Bundes- und Landesvorsitzender Gerald Netzl referierte vor 21 TeilnehmerInnen über „60 Jahre DÖW“. Es wurde ein neuer Vorstand mit einem neuen Vorsitzenden gewählt: Gen. Siegi Lindenmayr kommt aus der SJ, war Bildungsfunktionär, Landtagsabgeordneter und Gemeinderat sowie Landessekretär des PVÖ Wien und ist Ehrenvorsitzender der SPÖ Alsergrund. Der neu gewählte Vorstand zeichnet sich durch eine gute Mischung junger und erfahrener Genossinnen und Genossen aus. Die Redaktion wünscht dem neuen Team alles Gute!



Manuel Domnarovich

V. l. n. r. Birgit Fleischhacker, Waltraud Barton, Michael Koling, Christopher Maurer, Gerald Netzl, Siegi Lindenmayr, Monika Starnberger, Gerhard Taschler, Brigitte Pellar

Gerald Netzl ■

Erinnerung an Ernst Nedwed

Vor zehn Jahren, am 24. November 2013 starb unser ehemaliger Bundesvorsitzender Ernst Nedwed im 85. Lebensjahr.

Ernst Nedwed wurde am 26. Mai 1929 in Wien geboren. Ab Mai 1944 war er im Jugendwiderstand aktiv. Dieser hatte folgende Schwerpunkte: Nichtmitgliedschaft bei der Hitlerjugend (Die Mitgliedschaft wurde durch das Reichsjugendpflichtgesetz gefordert.), abhalten von Jugendlichen, sich freiwillig zu bewaffneten Einheiten der Nazis, insbesondere der SS, zu melden, abhören von sogenannten „Feindsendern“ und Weitergabe von Informationen, die von den Alliierten geschickt, mit der von den Nazis verbotene Musik, nach Deutschland gefunkt wurde. Das waren gefährliche Aktivitäten, die bei Auffliegen einer Gruppe, die sich mit diesen Themen befasste, mit Einweisung in Jugendkonzentrationslager etc. bestraft wurde.

Ernst Nedwed absolvierte die HTL-Maschinenbau und trat 1949 in den Dienst des Wiener Stadtbauamts. Ab Mai 1945 war er in der Sozialistischen Jugend aktiv, war später Mitglied des Wiener und des Verbandsvorstandes der SJ. Schon in der Jugend war Ernst Nedwed vor allem im Bildungsbereich tätig, in den 1960er-Jahren Bezirksvorsitzender der Jungen Generation in der SPÖ, Sektionsvorsitzender und Bildungsvorsitzender der SPÖ Fünfhaus. 1976 wurde er Vorsitzender der SPÖ Wiener Bildung, 1988 Vorsitzender der SPÖ Fünfhaus. Der Antifaschismus war ihm von Jugend an ein zentrales Anliegen. 1995 wählte ihn die Landekonferenz zum Wiener Vorsitzenden der Sozialdemokratischen FreiheitskämpferInnen, von 2007-2013 fungierte er als Bundesvorsitzender. In beiden Funktionen zeichnete ihn eine ebenso kritische wie hohe Loyalität zu unserer Partei aus. Im April 1969 wurde Ernst Nedwed in den Wiener Landtag gewählt, von 1979-1992 gehörte er dem Nationalrat an. Schwerpunkte



Archiv

Ernst Nedwed bei der Februarfeier 2010

seiner Aktivitäten waren Kunst und Kultur sowie Unterricht. Ernst Nedwed war ein Internationalist. So nahm er an einer Informationsreise der SPÖ nach Zentralamerika teil und interessierte sich dabei besonders für die revolutionär-politische Entwicklung Kubas und Nicaraguas. Bereits 2015 erfolgte die Benennung der Wohnhausanlage Gablenzgasse 95-99 in seinem Heimatbezirk nach Ernst Nedwed. Sein Grab befindet sich auf dem Südwestfriedhof (Gruppe 40, Reihe 1, Nr. 19). Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren!

Ali Kohlbacher ■



Konferenz in der Brigittenau

Am 26. Juni fand die Konferenz der Brigittenauer Bezirksgruppe statt. Da es sich hierbei um eine Wahlkonferenz handelte, wurde ein neuer Vorstand gewählt, dem nun auch neue VertreterInnen verschiedenster sozialdemokratischer Vereinigungen angehören. Besonders erfreulich ist die rege Beteiligung der Sozialistischen Jugend und der Jungen Generation. Außerdem wurde mit Berni Macek ein neuer Vorsitzender gewählt, der fest in der Brigittenauer Sozialdemokratie verankert ist. Er war bereits Vorsitzender der Sozialistischen Jugend und ist seit 2020 Bezirksrat. Der bisherige Vorsitzende Ernst Jaritz wurde zum Ehrenvorsitzenden der Bezirksgruppe gewählt und im Zuge der Konferenz aus der aktiven Vorstandsarbeit verabschiedet.

In seinem Bericht wies der frisch gewählte Vorsitzende auf die erfolgreichen Veranstaltungen der letzten Jahre hin, die teils während der Pandemie stattfanden und trotz Online-Format großen Anklang fanden. Inhaltlich lag der Fokus auf dem Themenkomplex Migration, der in den letzten Jahren im

mer wieder zu hitzigen und oft sehr rassistischen Debatten führte. Und das nicht nur im Lager der Rechtsextremen und NeofaschistInnen, sondern insbesondere auch seitens der ÖVP.

Die EntscheidungsträgerInnen der Europäischen Union und ihrer Grenzschutzorganisation Frontex, sowie alle politischen EntscheidungsträgerInnen, die diesen Kurs gutheißen, sind verantwortlich für den Tod tausender Menschen auf der Flucht vor Krieg und Verfolgung. Wir als Bund Sozialdemokratischer FreiheitskämpferInnen, Opfer des Faschismus und aktiver AntifaschistInnen verteidigen, immer und überall, das Recht auf Asyl! Dazu sind wir allein aus unserer Geschichte heraus schon verpflichtet.

Doch FreiheitskämpferIn sein bedeutet nicht nur den immerwährenden Kampf gegen faschistische Tendenzen. Es bedeutet auch den Kampf um ein besseres, ein freieres Leben. Nicht nur frei von Faschismus, sondern auch frei von Unterdrückung, frei von Ausbeu-

tung, frei vom Patriarchat. Wir träumen von einem schönen Leben für alle. Wo kein Kind, aber auch keine Erwachsenen im Armut leben müssen. Wo Diskriminierung ein Phänomen der Vergangenheit ist. Von einer Welt, in der wir alle gleichberechtigt und frei leben können.

Zum Abschluss des Berichts drückte Genosse Macek seine Freude

darüber aus, dass die Brigittenauer Bezirksgruppe so engagiert und mit so viel Hingabe ihren Beitrag zum Erreichen dieses Ziels beiträgt. Die Redaktion wünscht dem neu gewählten Vorstand alles Gute für die kommenden Aufgaben!

Berni Macek ■



Hannah Leitsmüller

Die Brigittenauer Bezirksgruppe bei ihrer Konferenz

Karl Still bleibt unvergessen

Karl Still war Eisenbahner, Gewerkschafter, Genosse, Ehemann und Vater. Im Jahr 1923 war er nur 25 Jahre alt, als er plötzlich aus dem Leben gerissen wurde. Zeitgeschichtliche Dokumente aus dem Archiv der Eisenbahnergewerkschaft belegen, dass der junge Eisenbahner und Ordner am 4. Mai 1923 bei einem Zusammenstoß in Favoriten von „Hakenkreuzlern“ angeschossen wurde. Zwei Wochen darauf erlag er seinen schweren Verletzungen.

Der brutale Mord an ihm fiel in die Zeit der Gründung des Republikanischen Schutzbunds - der Organisation der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei (SDAP), die für die „proletarische Wehrhaftigkeit“ stand. Die damalige Zeit, in der Karl lebte, hat viele negative Entwicklungen gebracht. Die Freiheit Österreichs wurde permanent untergraben und diese Entwicklung fand ihren negativen Höhepunkt unter Engelbert Dollfuß, der 1933/34 als diktatorisch regierender Bundeskanzler die Demokratie, den Rechtsstaat und auch die Sozialdemokratie abschaffte. Die darauffolgenden Jahre sind ein dunkles Kapitel in der österreichischen Geschichte.

Karl Still war Eisenbahner und vor allem eines: Er setzte sich für die Rechte anderer Kolleginnen und Kollegen ein. Seine Geschichte - wie die von vielen anderen - kann man im Archiv der Eisenbahnergewerkschaft in der Margaretenstraße in Wien nachrecherchieren. Sein Begräbnis am 26. Mai 1923 wurde zu einer mächtigen Kundgebung der Wiener Sozialdemokratie gegen den frühen Faschismus. Er erhielt ein Ehrengrab direkt an der Wand der Feuerhalle Wien (= Krematorium, neben dem Eingang links in den Arkaden). 100 Jahre später erinnerte unsere Bezirksgruppe Favoriten auf Initiative von Gen. Volkmar Harwanegg mit einer Kranzniederlegung bei der Feuerhalle und einer eigenen Veranstaltung im Favoritner Arbeiterheim an Karl Still.

Die Geschichte der ÖBB als eigenständige Wirtschaftseinheit begann im Jahr 1923, konkret am 19. Juli 1923, als der Nationalrat das Bundesbahngesetz, mit dem die Österreichischen Bundesbahnen als Unternehmen gebildet wurden, beschloss. Der Betrieb der ÖBB wurde am 1. Oktober 1923 aufgenommen. Die ÖBB hatten

bei ihrer Gründung einen Personalstand von über 112.000 MitarbeiterInnen und ihr Fuhrpark zählte 2.600 Dampflokomotiven, die 2,2 Millionen Tonnen Kohle im Jahr verbrauchten.

Elgin Feuschar (Konzernbetriebsrat ÖBB) ■



Das zweite Todesopfer der 1. Reaktion Karl Still.

Die Leuchtrakete Juni 1923



Spillern 1923

Das politische Ereignis in Spillern im Jahre 1923 hat sich wie auch das nachfolgende Gerichtsverfahren wenige Jahre später ähnlich wiederholt. Schattendorf ging 1927 in die Geschichte ein, Spillern blieb eine Randnotiz.

Seit 1919 ist Spillern, eine 760 EinwohnerInnen starke Gemeinde und ein zwischen Stockerau und Korneuburg an der Nordwestbahn gelegener Ort, eine sozialdemokratische Bastion. Der deutschnationaler Gemeinderat Johann Kral (1880-1945) gründet eine nationalsozialistische Ortsgruppe, die im September bereits 43 Mitglieder zählen dürfte. Am Samstag, den 28. Juli 1923 findet die Gründungsversammlung der Nationalsozialisten in Kotters Gasthaus (2016 demoliert) unter der Leitung des bei der Firma Harmer (1938 erwirbt das Unternehmen die Ottakringer Brauerei durch Arisierung) beschäftigten Adjunkt Hans Holfelder (1900-1929) statt. Nur wenige Personen aus Spillern treffen ein. Die Versammlung wird von Arbeitern gestört und kann nicht zu Ende geführt werden. Für Samstag, den 29. September 1923 ist von den Nationalsozialisten in Spillern die Abhaltung einer weiteren Wahlveranstaltung geplant. Diese wird weder öffentlich angekündigt noch bei der Behörde angemeldet. Da eine Störung durch örtliche Sozialdemokraten zu befürchten ist, wird aus Wien eine Ordnerwehr aus Mitgliedern der Sturmabteilung (SA) zur Unterstützung angefordert. Für 19 Uhr ist im Gasthaus Kotter die Wahlveranstaltung anberaumt. Die Ordnerwehr in einer Stärke von 22 Mann samt ihrem Kommandanten Hans Strobl (1892-unb.) hat am Nordbahnhof (heute Wien Praterstern) den Zug bestiegen und ist gegen 18:20 Uhr auf dem Bahnhof in Spillern angekommen. Lediglich zwei Freiwillige haben einen früheren Zug bis Korneuburg genommen und sind von dort zu Fuß nach Spillern gegangen. Insgesamt 25 Mann sollen die Wahlveranstaltung gegen Störaktionen schützen. Auf Befehl ihres Kommandanten haben die SA-Mitglieder alle Gegenstände abgenommen, die auf ihre nationalsozialistische Parteizugehörigkeit hinweisen könnten, wie Armbinden, Parteiabzeichen, Sturmkleppen und dergleichen mehr und diese in ihren Rucksäcken verstaut. Sie machen sich in kleinen Gruppen von jeweils zwei Mann auf den Weg zum 400 Meter entfernten Gasthaus Kotter. Dort angekommen, beziehen zwei Wachposten vor dem Eingang des Gasthauses Stellung, während sich die restlichen 23 Mann angeblich ohne Wissen des Wirts in den großen Gasthaussaal begeben. Eine halbe Stunde nach dem geplanten Beginn der Wahlveranstaltung sind erst drei Mitglieder der Spillerner Nationalsozialistischen Partei im Versammlungsraum erschienen, nämlich der Obmann Johann Kral, der Obmannstellvertreter, der Kärntner Johann Stugger (1893-unb.) sowie das Parteimitglied Hans Holfelder. Da sich im Hof des Gasthauses die Gemeindeganzlei befindet und der sozialdemokratische Bürgermeister Karl Gratzl (1882-1931) zufällig anwesend ist, bemerkt er den Tumult und geht den einheimischen Nationalsozialisten entgegen. Gemeinderat Kral tritt an den Bürgermeister heran, klopft ihm auf die Schulter und teilt ihm bedrohlich mit, dass er mit ihm etwas zu besprechen habe. In der Zwischenzeit ist die Anwesenheit der Nationalsozialisten nicht unbemerkt geblieben und der herbeigerufene Gendarm trifft im Gasthaus ein. Dieser forderte die Anwesenden auf, die Waffen abzugeben. Der Weisung kommen die Männer der Ordnerwehr nicht nach, aber ihr Kommandant erklärt sich schließlich bereit, unverzüglich den Abmarsch



der Ordnerwehr zu befehlen. Gleich danach machen sich die Männer wieder auf den Rückweg nach Wien, wobei der Rückmarsch zum Bahnhof Spillern nunmehr in geschlossener Formation in Zweierreihen erfolgt. Die Ordnerwehr wird dabei von einer größeren Menge Einheimischer verfolgt, welche die Männer beschimpfen und mit Gegenständen wie Steinen und mit Kot gefüllten Sardinenbüchsen bewerfen. Als die Männer von der Spillerner Hauptstraße abzweigen und Richtung Bahnhof marschieren wollen, müssen sie erkennen, dass ihnen der Weg dorthin durch eine große Menschenmenge abgeschnitten ist. Bevor sie in eine unangenehme Situation geraten und von der Menschenmenge sowohl von vorne als auch von hinten bedrängt werden können, befiehlt der Kommandant: „Halt! Kehrt euch! Feuer! Sturm!“. Auf dieses Kommando hin fallen mehr als 30 Schüsse, die offensichtlich wahl- und ziellos in die Menschenmenge in Richtung des so genannten 33-er Hauses abgegeben werden. Eine Kugel davon trifft den 16 Jahre alten Spillerner Franz Kovarik in den Kopf. Der junge Kovarik, nur mit einer Hose bekleidet und mit einer Seife in der Hand, wollte vermutlich zum Baden von seinem Wohnhaus, in das wenige Gehminuten davon entfernt gelegene Areal der Spiritusfabrik Harmer gelangen, in der er beschäftigt ist. Nach den vorhandenen und von den Gendarmen gesicherten Blutspuren zu schließen, ist Franz Kovarik nach der erlittenen Schussverletzung auf der Straße zusammengebrochen. Er kann sich noch aus eigener Kraft erheben und anschließend bis in das Vorhaus des Hauses Nr. 33 gehen, wo er gemeinsam mit seinen Eltern wohnt. Franz



Verein Geschichte Spillern

Aufbahrung von Franz Kovarik im Hof seines Wohnhauses vor dem Begräbnisgang

Kovarik bricht im Vorhaus neuerlich zusammen und wird von zwei anwesenden Personen in seine Wohnung getragen, wo er kurz darauf seinen schweren Verletzungen erliegt. Die SA-Männer haben unmittelbar nach dem Vorfall im Laufschrift die Flucht in Richtung Korneuburg ergriffen. Neben dem tödlich getroffenen Franz Kovarik ist Rudolf Wimmer (1907-1985), der durch einen Streifschuss am linken Ohr eine leichte Körperverletzung erlitten hat, als ein weiteres Tatopfer zu beklagen. Die Beamten des Gendarmeriepostens Spillern haben unverzüglich nach Bekanntwerden des Vorfalles eine Großfahndung eingeleitet, so dass noch in der Nacht vom 29. auf den 30. September 1923 alle 25 Männer als Tatverdächtige festgenommen und in das Gefangenenhaus des Kreisgerichtes Korneuburg eingeliefert werden können. Die an den Ausschreitungen beteiligten Spillerner Johann Kral, Gemeinderat und Eisenbahner, Johann Stigger, Eisenbahner, und Josef Enzersdorfer (1907-1976), Lehrling, werden festgenommen und in das Untersuchungsgefängnis nach Stockerau gebracht, aus dem sie aber schon nach einigen Tagen wieder entlassen werden. Hans Holfelder flüchtet nach Korneuburg, wo er festgenommen und ebenfalls in das Gefangenenhaus des Kreisgerichtes Korneuburg gebracht wird. An den Häusern Nr. 33, wo sich auch der Gendarmerieposten befindet und Nr. 32 konnten insgesamt 32 Einschusslöcher in einer Höhe von ungefähr einem Meter gemessen ab dem Bodengrund gezählt werden. Außerdem wurde von den die Spurensicherung durchführenden Gendarmeriebeamten insgesamt 14 leere Patronenhülsen sichergestellt.

Am 2. Oktober 1923 findet das Begräbnis des Opfers Franz Kovarik am Friedhof in Spillern statt. Rund 15.000 SozialdemokratInnen folgen dem Sarg, nachdem dieser in der Filialkirche kurz aufgebahrt worden ist, und setzen mit dieser politischen Großkundgebung ein sichtbares Zeichen gegen den Nationalsozialismus. Am Grabstein von Franz Kovarik wird ein Jahr später eine Gedenktafel angebracht. Im Jahr 2020 wurde schließlich

durch den Gemeinderat eine öffentliche Straßenfläche nach Franz Kovarik benannt.

Der Schwurprozess in der Strafsache Kovarik findet in Korneuburg statt. Letztendlich werden nur der Anführer Hans Strobl und vier seiner Mittäter wegen öffentlicher Gewalttätigkeit (§ 87 Strafgesetz 1852) und unbefugtem Waffenbesitz angeklagt. Es drohen zehn bis zwanzig Jahre schwerer Kerker. Alle Angeklagten werden von der Hauptanklage freigesprochen, sogar die Eventualfrage einer vorsätzlich gegen das Leben und die Gesundheit anderer begangener Handlung (§ 431 StG) wird von den Geschworenen verneint. Vier von ihnen werden wegen Übertretung des Waffengesetzes zu einer Geldstrafe verurteilt, die aber mit der Untersuchungshaft gesühnt ist. Am nächsten Tag schreibt die christlichsoziale Reichspost von einer „Lektion für die roten Terroristen“ und begrüßt den Freispruch, während dessen Arbeiterzeitungen sich empörten.

Bemerkenswert ist heute noch die Tatsache, wie schnell, genau und ausführlich diese Ereignisse in der Presselandschaft je nach politischer Gesinnung wiedergegeben wurden.

ARGE der NS-Opferverbände in Gedenkstätte Auschwitz-Birkenau

Die von Dr. Winfried Garscha, dem staatlichen Museum Auschwitz-Birkenau und dem Bildungszentrum der Gedenkstätte Auschwitz (Natalia Tkachenko) organisierte Gedenk- und Bildungsreise (12.-16. Juni) gipfelte in einem 3-tägigen Informationsseminar mit Vorträgen und Führungen durch die einzelnen Teile des Lagerkomplexes Auschwitz-Birkenau. Dabei besuchten wir das ehemalige Stammlager Auschwitz I, das ehemalige große Vernichtungs- und Arbeitslager Birkenau und das ehemalige Arbeitslager Monowitz (Auschwitz III). Allen TeilnehmerInnen wurde das größte Menschheitsverbrechen der Geschichte im sogenannten „aufgeklärten“ 20. Jahrhundert nachhaltig und eindrucksvoll bewusst.

Das Stammlager Auschwitz I war das erste Lager, untergebracht in einer ehemals polnischen Kaserne. Hier, neben dem Stammlager, sind auch das wissenschaftliche Bildungszentrum und das Museum Auschwitz-Birkenau untergebracht. Im Block 17 des Stammlagers ist u. a. die neugestaltete Österreich-Ausstellung untergebracht, die im Oktober 2021 eröffnet wurde. Sie gibt jedoch zu fundamentaler Kritik Anlass. Sie ist schlecht beleuchtet, die Schriftsätze zu den einzelnen Ausstellungsfotos sind zu klein und dadurch schwer leserlich und die Inhalte der

Ausstellung sind wenig politisch und dadurch nicht nachhaltig. Eine neuerliche Überarbeitung der Ausstellung wäre dringend notwendig. In der ehemaligen Kaserne ist auch eine interessante und gestaltungsmäßig gute Darstellung des „Zigeunerlagers“ und seiner Opfer untergebracht. Das wesentlich größere Vernichtungs- und Arbeitslager Birkenau (Auschwitz II) beeindruckt insbesondere durch das flächenmäßige Ausmaß, die Ruinen der Baracken, v. a. der Ruinen der Vergasungs- und Verbrennungsanlagen. Hier wurden mehr als eine Million Jüdinnen und Juden aus ganz Europa von der SS ermordet. Am Rande des Lagers erwarten BesucherInnen eindrucksvolle nationale Denkmäler an die dort ermordeten Menschen. Birkenau hinterließ in unserer Gruppe Entsetzen über die Mordtaten und stärkte unsere Verpflichtung, derartiges nie wieder zuzulassen.

Das Arbeitslager Monowitz (Auschwitz III) wurde auf Betreiben deutscher Rüstungskonzerne, insbesondere IG Farben AG, und der SS zur Herstellung von Treibstoff und Gummi errichtet. Hier starben unter unmenschlichen Arbeitsbedingungen und Hunger rund 25.000 Menschen.

Die politische Entwicklung in Österreich und Europa ist geprägt durch komplexe Krisenphänomene, die zu einem Wiedererwachen von

Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und neofaschistischen Tendenzen, Bewegungen und Parteien führt. Die Gräueltaten des Naziregimes werden zunehmend verdrängt und vergessen.

Die Organisierung von Studienfahrten für die Jugend und für FunktionärInnen der Opferverbände nach Auschwitz-Birkenau erachte ich als dringende Aufgabe der Sozialdemokratischen FreiheitskämpferInnen, der SPÖ und der österreichischen Bildungseinrichtungen.

Ali Kohlbacher ■



Ulrike Garscha

Die Mitglieder der drei Opferverbände vor Block 17 des ehemaligen Stammlagers, in dem sich die Österreich-Ausstellung befindet

Als Tourist in Oświęcim

Mein erster Besuch in der Gedenkstätte Auschwitz erfolgte 1988 als Mitglied einer Delegation des Österreichischen Bundesjugendrings. In den Jahrzehnten danach war ich mehrfach Teilnehmer von Studien- und Gedenkreisen der ARGE der NS-Opferverbände, organisiert zumeist von Hannes Schwantner. Gelesen habe ich auch sehr viel, Bücher von Überlebenden genauso wie wissenschaftliche Literatur. Eine Erfahrung fehlte mir: Die des Touristen / der Touristin, der / die privat nach Auschwitz, oder wie man korrekt formulieren muss: Oświęcim reist.

Gemeinsam mit meiner Frau Susan, sie war noch nicht dort, buchten wir schon im April ein Hotel in fußläufiger Entfernung der Gedenkstätte sowie eine sechsstündige (!) Führung in deutscher Sprache durch das ehemalige Stammlager und durch Birkenau für Sonntag, den 4. Juni um 9:15 Uhr. Die Führung kostete pro Person 130 Zloty (ca. € 30) und ist einfach auf www.visit.auschwitz.org/ zu buchen (Die Homepage ist Englisch, man bezahlt gleich bei der Buchung mit Kreditkarte).

Man betritt das ehemalige Auschwitz I durch ein im Juni neu eröffnetes BesucherInnenzentrum. Wie auf einem Flughafen passiert man einen Metalldetektor. Nach dem Eintritt erhält man ein Empfangsgerät und Kopfhörer, denn der Guide spricht in ein Mikrofon. Bevor die Führung startet sieht man einen kurzen Film zur historischen Einführung. Die Führung selbst ist äußerst straff gehalten, es gäbe so viel Interessantes / Sehenswertes / Bedeutendes anzusehen! Das gilt nicht nur für die sechsstündige Tour, nein alle Gruppen bewegen sich in irritierend hohem Tempo durch die Gedenkstätte. Es fehlt die Zeit für innere Einkehr, die aufkommende

Betroffenheit kann sich - leider - kaum entfalten. Es fehlt auch die Zeit, um sich einzelne Länderausstellungen anzuschauen. Nach drei Stunden wird die Gruppe (max. 15 Personen) in die Mittagspause entlassen. Es gibt eine Kantine am Gelände, Getränke darf man schon am Morgen mitbringen, Speisen nicht. Ebenso herrscht ein Rauchverbot auf dem gesamten Gelände - das leider nicht alle BesucherInnen einhalten.

Nach der Pause fährt man mit einem öffentlichen Shuttle-Bus, der kostenlos ist, ins ehemalige Lager Birkenau. Dort gibt es keine Sicherheitskontrolle. Birkenau beeindruckt durch seine Weite und Leere. Die Gruppe legt eine große Strecke zurück, um zu den am Rand gelegenen ehemaligen Krematorien zu kommen. Auch der zweite Teil der Tour dauert drei Stunden. Was mir sehr positiv in Erinnerung bleibt ist die hohe inhaltliche Kompetenz der Frau, die unsere Führung machte.

Alternativ kann man auch in Krakau oder Kattowitz nächtigen, das hat aber den Nachteil der An- und Abreise vor bzw. nach der Führung, denn man muss bedenken, dass man am Ende von den Eindrücken und den aufgenommenen Informationen betroffen und erschlagen ist. Fazit: Ob im Rahmen einer Gruppe oder als Individualtourist, Oświęcim / Auschwitz sollte man besuchen. Die Gedenkstätte empfiehlt ein Mindestalter von 14 Jahren.

Gerald Netzl ■

Erinnern und Mahnen in Polen

Timothy Snyder hat in seinem 2010 veröffentlichten Buch „Bloodlands“ ein Gebiet definiert, das Massenmorde und Vernichtungspolitik durch das nationalsozialistische und das stalinistische Regime in den Jahren von 1933 bis 1945 behandelt. Dazu gehören das östliche Polen, Belarus, der Westteil Russlands, das Baltikum, Teile der Ukraine sowie das frühere Ostpreußen. Gerald Netzl hat im Juni die Gedenkstätten Sobibor im Dreiländereck Polen, Ukraine, Belarus sowie Sztutowo bei Gdansk besucht.

Sobibor

Der ehemalige Vernichtungsort Sobibor liegt im südöstlichen Polen, die Entfernung von Wien beträgt 900 km. Er wurde Anfang 1942 errichtet und diente mit Belzec und Treblinka als Tötungsort im Rahmen der „Aktion Reinhardt“, der planmäßigen Ermordung der Jüdinnen und Juden des „Generalgouvernements“. Im Vernichtungslager Sobibor wurden von Mai 1942 bis Oktober 1943 nach Schätzungen bis zu 180.000 Jüdinnen und Juden in Gaskammern ermordet. 70.000 stammten überwiegend aus Polen (Region Lublin), große Opfergruppen waren 34.000 Menschen aus den Niederlanden, weshalb sich die Niederlande an der Finanzierung der Neugestaltung der Gedenkstätte beteiligten, und 24.000 aus der Slowakei. Schockierendes Faktum: Die mit Nazi-Deutschland zusammenarbeitende klerikalfaschistische Slowakei bezahlte das Deutsche Reich für die Ermordung seiner jüdischen Bevölkerung! Am 14. Oktober 1943 fand ein Aufstand der todgeweihten jüdischen Zwangsarbeiter des Sonderkommandos gegen die SS statt, nur wenigen gelang die Flucht und ein Überleben bis zum Kriegsende / der Befreiung...

Im Oktober 2020 eröffnete nach langer Vorbereitung die neu gestaltete Gedenkstätte mit der Ausstellung „SS-Sonderkommando Sobibor. Deutsches Todeslager 1942-1943“. Die inhaltliche Gestaltung der Ausstellung lag bei der Leitung des staatlichen Museums Majdanek (Lublin-Majdanek ist nicht weit entfernt). Alle Texte

sind zweisprachig Polnisch und Englisch, Kopien von Originaldokumenten sind in Deutsch). Zahlreiche Fotos und 700 Fundstücke bei Grabungen im ehemaligen Lagergelände sollen den Opfern ihre Identität zurückgeben. Wie es sich gehört ist der Eintritt frei. Nach rechtzeitiger Voranmeldung ist eine Führung in englischer Sprache durch das kompetente Personal

gern betrug 40. Erst in den letzten Kriegsjahren wurden Jüdinnen und Juden ins KZ Stutthof verbracht. 27.000 von 50.000 Häftlingen überlebten die Haft nicht, wobei 17.000 Häftlinge, also die Mehrzahl, auf den Todesmärschen getötet wurden.

Das Museum / die Gedenkstätte wurde bereits 1962 eingerichtet.

In mehreren Baracken werden Themen wie „essen“, „schlafen“, „Zwangsarbeit“ u. Ä. behandelt. Auch hier ist alles durchgängig Polnisch und Englisch.

Zweimal im Jahr finden Feiern zu Ehren der ehemaligen Häftlinge statt: Im Mai, anlässlich der Befreiung, sowie im September anlässlich der Einrichtung des Lagers. Der Eintritt ist auch hier frei. Führungen, auch in Englisch, können gegen Gebühr und bei rechtzeitiger Voranmeldung in Anspruch genommen werden. Gdansk ist mit Bahn oder Flugzeug gut zu erreichen, nach Sztutowo fährt ein Linienbus. Beide Gedenkstätten sind einen Besuch wert!

Gerald Netzl ■

Web-Tipps:
www.sobibor-memorial.eu/
www.stutthof.org/



Das Tor zum ehemaligen Häftlingslager des KZ Stutthof

möglich. Für die Anreise empfiehlt sich ein PKW.

Sztutowo/Stutthof

Vom Südosten Polens geht es an die Ostsee, östlich von Gdansk (knapp 1.000 km sind es von dort bis nach Wien). Stutthof befand sich auf dem Gebiet der Freien Stadt Danzig. Gleich nach dem Überfall der Wehrmacht auf Polen und das Gebiet der Freien Stadt Danzig wurde das KZ Stutthof von den Nazis errichtet. Die ersten Häftlinge waren 150 Angehörige der polnischen Intelligenz, die bereits mit Kriegsbeginn Anfang September 1939 eingesperrt wurden. Die Gedenkstätte informiert, dass es sich um das KZ mit den meisten Nationen unter seinen Häftlingen, nämlich 28 handelte. Und es war auch das letzte KZ, das von alliierten Streitkräften (der Sowjetarmee) befreit wurde, nämlich erst am Tag nach der Kapitulation der Wehrmacht, am 9. Mai 1945. Das Stammlager erreichte in seiner größten Ausdehnung 120 Hektar. Der Höchststand an Außenla-



In einer 25 m langen Vitrine werden im Museum Sobibor Fundstücke aus dem Besitz der Opfer ausgestellt



Ana Blatnik und Harry Koller mit Otto-Bauer-Plakette ausgezeichnet

LH Peter Kaiser überreichte am 12. Juni die Otto-Bauer-Plakette an Ana Blatnik und Harry Koller. Die Otto-Bauer-Plakette wird von den Sozialdemokratischen FreiheitskämpferInnen für besondere Verdienste um die sozialistische ArbeiterInnenbewegung bzw. für besondere Verdienste im Kampf gegen Neofaschismus und Antisemitismus verliehen.

Ana Blatnik, ehemalige Nationalrätin, Landtagsabgeordnete und langjährige Frauenvorsitzende der SPÖ Kärnten und Vorsitzende der ARGE „Volksgruppen in der SPÖ“, wurde für ihr Lebenswerk

ausgezeichnet. Gin. Blatnik engagierte sich über Jahrzehnte um ein besseres gegenseitiges Verständnis der Volksgruppen in Kärnten, auch innerhalb der SPÖ.

Harry Koller, der Leiter des Renner-Institutes Kärnten, ist einer der Initiatoren des EU-Kirchtages am Loibl, Vorsitzender der Österreichisch-Israelischen Gesellschaft (ÖIG) in Kärnten und leitet die politische Nachwuchsakademie der SPÖ Kärnten.

Die Auszeichnung nahmen der SPÖ Landespartei-vorsitzende Peter Kaiser und der Landesvor-



V. l. n. r. Andreas Sucher, Heinz Pichler, Ana Blatnik, Harry Koller, Martin Gressl und Peter Kaiser

sitzende unseres Bundes Martin Gressl im Sitzungssaal der SPÖ Landesorganisation vor. Gen. Kaiser hob die Verdienste beider Ge-

nossInnen hervor und bedankte sich bei ihnen für die jahrelange Freundschaft und ihren unermüdlischen Einsatz. Martin Gressl ■



Niemals vergessen!

Am 15. Juli 1927 brannte in Wien der Justizpalast. Auslöser war der schändliche Freispruch der Todesschützen von Schattendorf Ende Jänner des gleichen Jahres. 66 der 89 getöteten DemonstrantInnen wurden auf dem Wiener Zentralfriedhof begraben - die Stadt Wien schuf ein eindrucksvolles Mahnmal, das im Juli 1928 eingeweiht wurde. Bis 1933 wurde jedes Jahr Mitte Juli dort der Toten des 15. Juli 1927 gedacht.

Im Sommer 1934 befand sich die österreichische Sozialdemokratie in der Illegalität, verboten am 12. Februar vom Arbeitermörder Engelbert Dollfuß. Der Wienerwald mit seinen großen Wiesen war ein Ort für illegale Treffen, auch größere Versammlungen wurden abgehalten. Am 15. Juli 1934 wurden die beiden jungen Liesinger Arbeiter Hans Fröhlich und Richard Lehmann bei einer Kundgebung auf der Predigerstuhlwiese (Gießhübl) erschossen. Rosa Jochmann wollte die Gedenkrede halten. Sie hatte kaum begonnen, krachten wie 1927 wieder die Gewehre und zwei junge Menschen mussten einen sinnlosen Tod sterben.

Seit Oktober 2004 erinnert unweit des Tatorts ein von den Bezirksgruppen Mödling und Liesing unseres Bundes gestifteter Stein mit einer Gedenktafel an das tragische historische Ereignis. Werner Burg und Eduard Giffinger, die damaligen Bezirksvorsitzenden, waren die treibenden Kräfte dieser Gedenkinitiative. Am 15. Juli trafen sich 50 AntifaschistInnen und ehrten die Toten. Hannes Weninger begrüßte für SPÖ und FreiheitskämpferInnen Mödling die GenossInnen und sprach die historische Einleitung. Gerald Netzl erinnerte in seiner Rede an die Feierlichkeiten 1928-1933. Bei seinen Recherchen fand er heraus, dass das Juli-Denkmal auf dem Zentralfriedhof aus Granit von den Steinbrüchen der Stadt Wien in Mauthausen stammte. Zehn Jahre nach der Einweihung des Denkmals sollte die SS das brutalste Konzentrationslager in Mauthausen errichten... 1929 wurde das Juli-Gedenken in das internationale sozialistische Jugendtreffen in Wien integriert.

Wir DemokratInnen müssen uns für Demokratie, Rechtsstaat und Sozialstaat einsetzen, jederzeit und überall! Gerald Netzl ■



Die Farben des Widerstands

Leicht gekürzte Rede von Andreas Kranebitter anlässlich der Befreiungsfeier in Gusen am 6. Mai 2023.

Sehr geehrte Damen und Herren!

Widerstand, das war der Schlag ins Gesicht, den Malka Zimetbaum einem SS-Angehörigen versetzte, als sie nach einer misslungenen Flucht am Appellplatz des KZ Auschwitz gehängt werden sollte.

Widerstand war es, als der als „Berufsverbrecher“ ins KZ Ebensee deportierte Zimmermann Hans Losskarn, der 25 Schläge erhalten sollte, dem Lagerführer ins Gesicht sagte: „Erschießen Sie mich, Herr Lagerführer, aber schlagen lasse ich mich nicht.“

Widerstand war es, als das französische Resistance-Mitglied Jean Cayrol versteckt unter dem Tisch einer Produktionshalle im KZ Gusen Gedichte verfasste, die er zur Stärkung der Moral nachts seinen Mitgefangenen vorlas.

Widerstand leistete der Schlosser Georg Binder, „krimineller“ Kapo der Waffenkammer des KZ Mauthausen, als er die gefürchtete Dogge des Schutzhaftlagerführers Bachmayer mit Blausäure vergiftete und spanischen Häftlingen Pistolen und Handgranaten übergab.

Der Widerstand in den Konzentrations- und Vernichtungslagern hatte zahllose Formen und Farben. Er war keine Frage der politischen Einstellung, der Winkelfarbe, der sexuellen Orientierung oder der Nationalität, sondern eine zarte und seltene Pflanze.

Einige der geschilderten Aktionen erkennen wir bedingungslos als Widerstand an, bei anderen zögern wir. Warum?

Wir scheuen uns, zumal in Deutschland und Österreich, den Widerstandsbegriff allzu weit zu öffnen - weil wir Angst haben vor einer inflationären Verwendung, die den Blick auf die Täterschaft verstellt. Wir können es nicht so darstellen, wie Wolfgang Benz schreibt, dass „jeder, der dem NS-Regime nicht ständig Beifall spendete, schon Widerstand geleistet hätte.“ Das ist verständlich, erklärt aber noch nicht unsere Zögerlichkeit.

Wir messen Widerstand an Effizienz. Erfolgreiche Akte erkennen wir problemlos als Widerstand an. Erfolgreichen, hilflosen Aktionen verweigern wir meist dieses Prädikat. Militärische, aktive, als männlich wahrgenommene Akte des Widerstands lassen sich gut erzählen und werden gerne gehört. Verborgene, passive, als weiblich wahrgenommene Formen der Verweigerung erklären wir allemal zu Vorformen eines „echten“ Widerstandes.

Wir scheuen uns, „unreinen“ Widerstand als solchen anzuerkennen. Aber was macht ihn „unrein“? Die falschen Motive, die falschen Methoden, die falschen Haftkategorien, die den Handelnden im KZ anhafteten?

In Österreich ging ein zu enger Widerstandsbegriff lange mit einem verengten Opferbegriff einher: Opfer war in Österreich 1945 nur, wer „mit der Waffe in der Hand für ein unabhängiges, demokratisches und seiner geschichtlichen Aufgabe bewusstes Österreich“ eingetreten war. Aus dieser Definition wurden Zahllose ausgeschlossen. Dutzende Novellierungen des Opferfürsorgegesetzes waren notwendig, bis Gruppe um Gruppe doch anerkannt wurde.

Heute noch schließt dieses Gesetz aber jene von der Anerkennung aus, die mit dem Strafgesetz in Berührung gekommen waren. Dass das österreichische Opferfürsorgegesetz im Jahre 2023 überhaupt noch irgendjemanden symbolisch aus dem Opferbegriff ausschließt, ist nichts weniger als ein erinnerungspolitischer Skandal.

Die Erinnerung an den großen Widerstand verstellt oft den Blick auf den Widerstand im Kleinen - die Fokussierung auf den kleinen macht den großen Widerstand aber nicht unsichtbar. Im Gegenteil: sie erlaubt die Einordnung, die Perspektive, erst recht die Würdigung großer Taten, etwa die Gründung der Widerstandskomitees vor der Befreiung der KZ. Unsere Aufgabe ist es, zu dokumentieren, zu rekonstruieren, zu unterscheiden. Unsere Aufgabe ist es nicht, unbequeme Formen des Widerstands aus einem Widerstandsbegriff auszuschließen. Das DÖW ist einem engen,



Daniel Shaked

Andreas Kranebitter ist seit April wissenschaftlicher Leiter des DÖW

staatlichen Begriff von Widerstand und Opferschaft nie gefolgt, hat diese Begriffe immer zu erweitern versucht und wird das auch in Zukunft tun.

Das Gift der Erinnerung ist die Opferkonkurrenz

Opferkonkurrenz entsteht in Zeiten gesellschaftlichen Gegenwinds gegen progressive Kräfte. Jahrzehntlang hatten die Überlebenden und ihre Organisationen in Österreich und Deutschland mit den Resten nationalsozialistischer Ideologien und Strukturen zu kämpfen. In der Defensive, mussten wir verteidigen, wofür uns Rechtsextreme mit allen Mitteln attackierten. In der Defensive war kaum Platz für schwierige Themen.

Es werden wieder harte Zeiten auf uns zukommen. Ein erstarkender Rechtsextremismus wird uns wieder in die Defensive zu drängen versuchen. Umso notwendiger ist es, dem kommenden Gegenwind nicht abwartend, defensiv oder feig zu begegnen, sondern offensiv entgegenzutreten und zu sagen, was ist. Zum Beispiel, dass niemand zu Recht im KZ war. Die Antwort auf die radikale Exklusion, für die die Konzentrationslager stehen, ist die radikale Inklusion, mit der wir aller Opfer der Konzentrationslager gemeinsam gedenken sollten.

In diesem Sinne: Gehen wir das gemeinsam an.

Vielen Dank!

Andreas Kranebitter



Sicherheit und Resilienz – die Eckpfeiler für sozialen Frieden

Die Sicherheitslage für Österreich wird sich, laut der Analyse von ExpertInnen, in den nächsten zehn Jahren perspektivisch verschlechtern. Die zunehmenden Herausforderungen - ob durch Extremismus, Cyberkriminalität, Klimawandel, Migration oder geopolitisches Machtstreben hervorgerufen, bedingen eine österreichische Handlungsfähigkeit und gleichsam eine engere europäische Zusammenarbeit. Um diesen und weiteren Bedrohungsszenarien wirksam entgegenwirken zu können, braucht es eine vorausschauende Handlungsanleitung - insbesondere eine aktualisierte Österreichische Sicherheitsstrategie (ÖSS).

Das sicherheitspolitische Risikobild für Österreich ist bis zum Jahr 2030 unter anderem durch mehrere (Extrem-)Ereignisse, geopolitische Konfrontationen und Technologieentwicklungen gekennzeichnet. Nationalstaaten wie auch supranationale Organisationen stehen - bedingt durch negative Trends auf systemischer, global- oder militärstrategischer Ebene - unter Druck. Die Menschen erwarten sich zu Recht Antworten auf die Fragen unserer Zeit, Lösungskompetenz von den politischen EntscheidungsträgerInnen und resiliente, staatliche Strukturen, damit der soziale Frieden, die Stabilität und die Daseinsvorsorge langfristig gesichert bleiben.

Um jedoch den absehbaren sicherheits- und verteidigungspolitischen Herausforderungen adäquat begegnen zu können, bedarf es einer empirisch abgeleiteten Sicherheitsstrategie.

Die Sicherheitsstrategie umfasst alle Maßnahmen auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene

- zur aktiven Gestaltung einer für Österreich und seiner Bevölkerung sowie der Europäischen Union insgesamt vorteilhaften sicherheitsrelevanten Situation,
- zur Verhinderung des Entstehens oder Wirksamwerdens von Bedrohungen und
- zum Schutz gegenüber Bedrohungen bzw. zu deren Bewältigung.

Die ÖSS ist ein auf Analysen basiertes zentrales Dokument, das 2013 beschlossen wurde und die österreichische Sicherheitslage, ausgehend von den damaligen Annahmen und Einschätzungen, bewertet. Aufgrund neuer Herausforderungen, Risiken und Bedrohungen wie kriegerische Konflikte, terroristische Angriffe, hybride Kriegsführung und Blackouts, muss die Sicherheitsstrategie dringend adaptiert werden. Dies ist eine Forderung von mir, die ich bereits im Jahr 2020, als ich Bereichssprecher für Landesverteidigung der SPÖ geworden bin, öffentlich gemacht habe.

Der Aktualisierung der ÖSS muss die gerade im Umbruch befindliche Neugestaltung der europäischen/globalen Sicherheitsarchitektur zugrunde liegen, die massiven Einfluss auf die europäische und damit österreichische Sicherheitspolitik hat. Die ÖSS bietet - aufgrund einer Neubewertung - die Chance, die sicherheitspolitischen Werte, Interessen und Ziele der Republik Österreich im Parteienkonsens neu zu verhandeln und über das Parlament gesetzlich zu verankern. Fragen, die die sicherheitspolitische Zukunft Österreichs betreffen, wie die realpolitische Ausgestaltung einer aktiven und interessensgeleiteten Neutralität, das Engagement bei humanitären Katastropheneinsätzen, Assistenzeinsätzen oder internationalen Friedensaufgaben im Rahmen von internationalen Organisationen können in der neuen Sicherheitsstrategie definiert werden.

Der Schwerpunkt einer neuen ÖSS muss sowohl die Verteidigungspolitik - Stichwort Wiederbelebung der Umfassenden Landesverteidigung - als



Werner Jäger

Gen. Robert Laimer ist Nationalratsabgeordneter und Bereichssprecher für Landesverteidigung

auch die Aufrechterhaltung der inneren Sicherheit abbilden. Darüber hinaus sind auch außenpolitische Aspekte im Kontext einer Gemeinsamen Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik mit Fokus auf die strategische Autonomie und somit Handlungsfähigkeit der EU miteinzubeziehen.

Für mich steht außer Frage, dass eine aktualisierte Österreichische Sicherheitsstrategie die Basis für eine Neugestaltung der österreichischen Sicherheitspolitik darstellt und zugleich ein taugliches Bewertungsinstrument ist, um wichtige Entscheidungen im Rahmen der österreichischen Sicherheitspolitik zu treffen. Dazu zählen Investitionen in die Landesverteidigung, aber auch die künftige Vertiefung der Zusammenarbeit im Rahmen gemeinsamer Zielerreichung auf EU-Ebene.

Ferner bildet die ÖSS alle relevanten sicherheitspolitischen Politikfelder ab (Inneres, Verteidigung und Äußeres) und sollte daher parteiübergreifend - in Zusammenarbeit mit ExpertInnen, Beamten, institutionellen Partnern sowie VertreterInnen der Zivilgesellschaft - evaluiert und adaptiert werden. Unter anderem deshalb, weil Sicherheit ein zentrales Bedürfnis der Bevölkerung und somit ein rot-weiß-rotes Anliegen ist.

Als Wehrsprecher der SPÖ sehe ich die Sozialdemokratie als Motor der Neugestaltung der künftigen Österreichischen Sicherheitsstrategie.

Robert Laimer ■

Totgeschlagen, Totgeschwiegen! - Ein historisches Gedenkereignis der Stadt Wien

Am Dienstag, 6. Juli 2023, um 17:00 Uhr war es nach 18 Jahren soweit: Das Denkmal der Stadt Wien für die im Nationalsozialismus verfolgten Homosexuellen: Arcus (Schatten eines Regenbogens) wurde eröffnet. Trotz Regen nahmen über hundert Besucher:innen teil und gedachten der Opfer. Ihr Weg führte ins Gefängnis, in die Nervenklinik, den Operationsaal, ins KZ. Aus Wien wurden 100 Männer deportiert. Weniger als ein Drittel überlebten. 2013 startete QWIEN Zentrum für queere Geschichte das Projekt der namentlichen Erfassung der homosexuellen und transgener Opfer des Nationalsozialismus in Wien. 768 Strafsakte sind bisher erfasst.

Das Denkmal ist das zweite seiner Art in Österreich, neben dem in der Gedenkstätte Mauthausen, welches seit 1984 weltweit als das Erste gilt. Nach mehreren Anläufen seit 2005 lobte Wien 2021 einen offenen Wettbewerb, der die Queer-Community einbezog, für ein Denkmal für Männer und Frauen, die Opfer der Homosexuellen-Verfolgung in der NS-Zeit wurden, aus. Mit dem Entwurf einer „Skulptur der solidarischen Erinnerung“, so die Künstler:innen, die Form, Farben des Regenbogens in Grautönen räumlich übersetzt einen imaginären Schatten der Erinnerung und Mahnung darstellt, siegen

Sarah Ortmeyer und Karl Kolbitz.

Bei der Feier erfolgten mehrere Ansprachen. Wolfgang Wilhelm, Leiter der Wiener Antidiskriminierungsstelle für LGBTQI-Angelegenheiten, lobte die vorbildliche Einbeziehung der Queer-Community durch die Stadt, als großen Schritt zur Heranbildung des öffentlichen Bewusstseins für das erlittene Unrecht an Homosexuellen. Hannes Sulzenbacher verwies auf den historischen Kontext vor Ort: Das Pissoir im Park wurde von der Kripo in der NS-Zeit überwacht. Vom 12. Juni 1941 bis 10. September 1943 fanden hier 18 Festnahmen statt. Auch Gin. Lea Halbwidl, Bezirksvorsteherin des 4. Wiener Gemeindebezirk, sprach zu den Gästen.

Am Schluss Stadträtin Veronika Kaup-Hasler: „Ich empfinde große Freude! Ein Zeichen wurde für viele Generationen gesetzt, kam es doch aus der Mitte der Gesellschaft. Homosexuelle werden auch heute verfolgt: In den USA, Ungarn oder Uganda, wo die Todesstrafe darauf steht.“ ... „Wir müssen aufstehen gegen jede Art der Diskriminierung!“

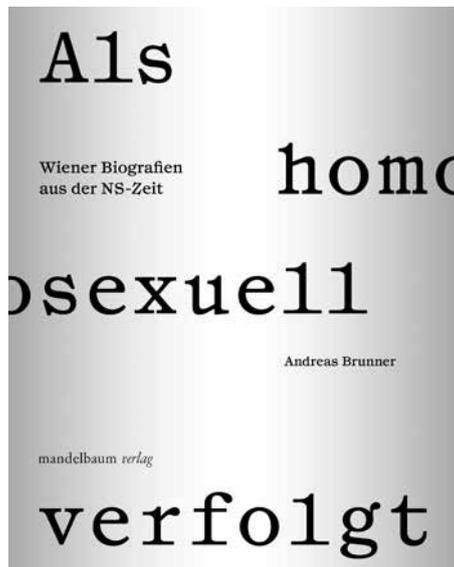
In Niederösterreich erfolgte ein Genderverbot im öffentlichen Dienst. Was folgt als Nächstes?



PID/Christian Fürhner

ARCUS - Denkmal erinnert an die Verfolgung Homosexueller im NS-Regime

Mit Musik von Virginia Ernst klang die Veranstaltung würdig aus. Dominik Lang ■



Das im April neu erschienene Buch des Historikers und Co-Leiters des Zentrums für queere Geschichte (QWIEN) Andreas Brunner erzählt in über 60 Berichten die Geschichte von während des NS-Regimes verfolgter Menschen. Die Leserschaft erhält in diesen Erzählungen - teilweise nur aufgrund von Polizei- und Gerichtsakten rekonstruiert - Einblicke in die bewegenden Lebensgeschichten queerer und aufgrund von

Als homosexuell verfolgt

„Unzucht wider die Natur“ verfolgter Personen. Es bietet des Weiteren einen kleinen historischen Überblick über die lange verschwiegene und aus der Öffentlichkeit verbannte Homosexuellen-Geschichte vor, nach und während der Hitler-Diktatur. Es zeigt auf, dass Ausgrenzung und gesellschaftliche Ächtung - in der Nachkriegszeit und zum Teil auch heute - eine gänzliche Rekonstruktion des Geschehenen fast unmöglich machen. Die Lesenden erfahren, dass es vielen KZ-Überlebenden, die den rosa Winkel tragen mussten, unmöglich war um Entschädigung anzusuchen, da ihr offizieller Inhaftierungsgrund angegeben hätte werden müssen. Denn homosexuelle Handlungen galten in Österreich noch bis zum Jahr 1971 als strafbar. Dies und der gesellschaftlich stark präsente Homosexuellenhass können als Gründe gesehen werden, weshalb die Auseinandersetzung mit der Verfolgung queerer Menschen während der NS-Zeit nur am Rande von wissenschaftlichen Bemühungen um Aufarbeitung erfolgte. So kam es, dass dieser Teil der menschenverachtenden Geschichte lange Zeit - auch für eine breite Öffentlichkeit - unberücksichtigt blieb.

Erst in den 1990er Jahren kam es zu den ersten Versuchen der Thematisierung des Leides,

welches während des Nationalsozialismus - und darüber hinaus - erfolgte. Dies führte zur stetig verstärkt werdenden Wahrnehmung durch eine breitere Öffentlichkeit. Doch auch heute - mittlerweile Jahrzehnte nachdem sich die Wissenschaft mit den zahlreichen homosexuellen Opfern des NS-Regimes intensiver auseinanderzusetzen begann - sind Denkmäler, so die Kritik des Autors, im öffentlichen Raum eher selten anzutreffen.

Dieses bewegende und aufrüttelnde Buch bietet nicht nur einen Überblick über die Lebens- und Leidensgeschichte sowie die Verdienste queerer Personen, sondern auch Hintergrundwissen. Es ist zudem auch eine kleine Führung durch die Stadtgeschichte der 23 Wiener Bezirke, der homosexuellen Subkultur Wiens, ihrer Treffpunkte und des in dieser Zeit gebräuchlichen Jargons. Dieses Buch leistet in seiner Gesamtheit einen wesentlichen und wertvollen Beitrag zur Verankerung der queeren Geschichte und damit zur Vervollständigung der Stadtgeschichte Wiens.

Arijana Šegalo ■

Andreas Brunner: Als homosexuell verfolgt. Wiener Biografien aus der NS-Zeit., Mandelbaum, Wien 2023, ISBN 978-3-99136-017-9, 224 Seiten, € 25,00



ZwangsarbeiterInnen in Krems

Eine Ausstellung und ein Erinnerungszeichen in Lerchenfeld.

Sie kamen aus Polen, Frankreich, Kroatien und der Sowjetunion. Sie kamen nicht freiwillig nach Krems und arbeiteten unter anderem in der Schmidhütte in Lerchenfeld. In der Zeit des Nationalsozialismus wurden hunderttausende ZwangsarbeiterInnen in die Ostmark verschleppt.

Im Zentrum der Ausstellung im Volksheim Lerchenfeld und der Installation im öffentlichen Raum in Lerchenfeld stehen 70 Arbeitsbücher und 60 Personalkarten, die in der voestalpine Krems gefunden werden konnten. Die Ausstellung von Nick Mangafas und Robert Streibel zeigt diese Fundstücke.

Vor dem Eingang zum Werk der voestalpine Krems wird eine Collage aus den Arbeitsbüchern gezeigt. Dieses Kunstwerk benötigt einen zweiten Blick, um diese durch

die Zeit verwaschenen Fotos und Schriften entziffern und einordnen zu können. Diese Dokumente ermöglichen es, uns ein Bild von jenen Personen zu machen, deren Geschichte bisher nie erzählt wurde. Sie arbeiteten als Hilfsarbeiter, Schweißer, Schlosser, Tischler, Walzarbeiter und Blechschneider.

Es gibt zum Beispiel Dokumente von elf Ukrainern und zwei Ukrainerinnen. Sie stammten aus Kiew, Stryj, Podolsk und Lwiw - soweit die Angaben zu entziffern sind. Fünf Männer kamen aus Polen, zwei aus Frankreich. Als Adresse findet sich meist der Hinweis: „Lager Rottenmann“ oder „Barackenlager im Fabrikshof“.

Zu den AusländerInnen zählten auch die so genannten Volksdeutschen bzw. Sudetendeutsche. Nach der Befreiung 1945 wurden einige ihrer Arbeitsbücher mit der Aufschrift „Faschist“ markiert. Aufzeichnungen über jene



Robert Streibel (l.) und Nick Mangafas vor dem Denkmal für ZwangsarbeiterInnen vor der voestalpine Krems in Krems/Lerchenfeld

Kriegsgefangene, die beim Bau der Schmidhütte eingesetzt waren sind bislang noch nicht gefunden worden.

Bis heute wird die Forschung durch den Datenschutz behindert. So dürfen aus den Akten des Versöhnungsfonds, wo ehemalige

ZwangsarbeiterInnen Anträge auf Wiedergutmachung stellen konnten, keine Namen genannt werden. Doch eine Geschichte ohne Namen kann es nicht geben. Dies betrifft Täter wie Opfer.

Robert Streibel ■

Die Namen der Toten

Bei der Gedenkfeier auf dem Steiner Friedhof und beim Denkmal vor der Justizanstalt Stein wurden erstmals 295 Namen der Opfer aus 13 Nationen verlesen. Zahlreiche politische VertreterInnen und hochrangige internationale Gäste und KremserInnen nahmen am Gedenken teil. Zum ersten Mal wurden die Namen der Toten des Massakers verlesen.

Möglich wurde diese Verlesung der Namen der Opfer des Massakers durch ein Forschungsprojekt von Karl Reder und Robert Streibel, das vom Österreichischen Zukunftsfonds, dem Bundesministerium für Justiz und von der Stadt Krems unterstützt wird. Die tschechische und griechische Botschaft leisteten historische Hilfestellung bei der Suche der Opfernamen. 1.307 Häftlinge hatten 1945 in Stein überlebt. Noch sind etwas mehr als 200 Opfer der Massaker und deren Schicksal ungeklärt.

„Das Massaker von Stein und die Kremser Hasenjagd sind Gefangenen-Hinrichtungen, die zu den dunkelsten Kapiteln der Geschichte der Stadt und unserer Umgebung gehören. Es waren keine anonymen Täter. Sie hatten Namen, Gesichter und haben unter uns gelebt! Nun sind viele der Opfer nicht mehr anonym dank der Recherche von Historiker Robert Streibel und Karl Reder. Das Ausmaß der Verbrechen ist noch bewusster“, äußerte Bürgermeister Gen. Reinhard Resch.

Beim Friedhof Stein lasen der tschechische Botschafter Jiří Šitler, Dagmar Schindler und Ernst Wolrab vom KZ-Verband, BH-Stellvertreterin Christa Hammer, Friedrich König (Generaldirektor des Strafvollzugs), Vizebürgermeisterin Gin. Eva Hollerer, Generalkonsul Bartłomiej Rosik (Polen), Robert Streibel, Alfred Müller (Vorfahre Opfer) und Oberst Franz Langthaler (3. Jägerbrigade). Bei den Denkmälern fanden Kranzniederlegungen statt.



V. I. n. r. Franz Langthaler, Ernst Wolrab, Dagmar Schindler, Eva Hollerer, Reinhard Resch, Jiří Šitler, Christa Hammer, Bartłomiej Rosik, Robert Streibel und Friedrich König

Beim Denkmal Justizanstalt verlasen die Opfernamen Historiker Karl Reder, Winfried Garscha, Bürgermeister Reinhard Resch, Pfarrer Matthias Martin (Stein), Chrysanthos Galetsas (Vater griech. Historiker), Vizebürgermeister Florian Kamleitner, Gemeinderätin Gin. Elisabeth Kreuzhuber, Chefinspektor Harald Mörth, GR Wolfgang Mahrer und FreiheitskämpferInnen-Bezirksvorsitzender Gen. Klaus Bergmaier. Zum Gedenken fand eine Kranzniederlegung an beiden Denkmälern statt.

Robert Streibel ■



Frankreich: Schleichende Revolution von rechts

Mehr als 50 Jahre nach der Gründung der Front National durch Jean-Marie Le Pen ist die Nachfolgepartei Rassemblement National die größte einzelne Oppositionspartei in der französischen Nationalversammlung. Bei den Präsidentschaftswahlen hat der Cordon Sanitaire bislang immer einen Erfolg der extremen Rechten verhindert - aber wird das auch 2027 noch funktionieren, wenn Macron nicht mehr antreten darf?

Als Jean-Marie Le Pen im Jahr 2002 erstmals eine Stichwahl um das französische Präsidentenamt gegen Jacques Chirac erreichte und im zweiten Wahlgang 5,5 Millionen Stimmen erhielt ging ein Aufschrei durch ganz Europa. Rund 20 Jahre später ist es leider schon fast zur Normalität geworden, dass der Name Le Pen auch in der Stichwahl auftaucht. Die Tochter des rechtsextremen Parteigründers Marine Le Pen hat die Partei umgebaut und es gar geschafft, den Rechtspopulismus mit ihrer Rassemblement National salonfähig zu machen. Die Wahlergebnisse der letzten Jahre belegen den Erfolg dieses Kurses. Noch hält der Cordon Sanitaire - also der Zusammenschluss aller politischen Kräfte, um einen Erfolg der Rechten etwa bei den Präsidentschaftswahlen zu verhindern - aber was passiert, wenn Macron bei den kommenden Wahlen nicht mehr antreten darf, kann derzeit niemand abschätzen.

„Der republikanische Vorstoß, sich gegen das Rassemblement National zu stellen, hat auch diesmal funktioniert, allerdings mit einer gewissen Schwerfälligkeit. Bei den folgenden Parlamentswahlen wurde die rechtsextreme Partei mit 89 Abgeordneten zur größten Oppositionsgruppe in der Nationalversammlung, dank einer entschlossenen Strategie des Rassemblement National zur Normalisierung der Rechtsextremen“, berichtet die sozialistische EU-Abgeordnete Sylvie Guillaume aus Frankreich, die auch auf die weitreichenden Folgen dieses Erfolgs der Rechten verweist.

Für Guillaume steht fest, dass die politischen Spannungen in den letzten Monaten deutlich zugenommen haben: „Gewählte Abgeordnete und ihre Familien wurden von Rechtsextremisten bedroht, ein Angriff eines Asylbewerbers und der Tod des jungen Nahel, der von einem Polizisten erschossen wurde, wurden von der Rechten und der extremen Rechten auf abscheuliche Weise ausgenutzt. In diesem hochgradig eruptiven Klima ist es schwer vorhersehbar, dass sich dieser Trend in absehbarer Zeit abschwächen wird, ganz zu schweigen von den bevorstehenden Präsidentschaftswahlen, bei denen Emmanuel Macron nicht antreten kann. Insbesondere stellt sich die Frage nach den Prognosen für die Europawahlen im Jahr 2024, wenn in Europa die extreme Rechte in den nationalen und regionalen Parlamenten, aber auch in den Regierungskoalitionen immer mehr an Boden gewinnt.“



Thomas Peitinger

Gen. Günther Sidl ist Mitglied des Europäischen Parlaments und unseres Bundesvorstands

Vor einem möglichen Erfolg der Rechten bei den nächsten französischen Präsidentschaftswahlen warnt auch unser EU-Abgeordneter Günther Sidl: „Das würde die Kräfteverhältnisse in der EU deutlich verschieben und die illiberalen Kräfte in der EU - allen voran Orbán - deutlich stärken. Das ist nicht der Kurs den die EU einschlagen muss, um die Herausforderungen der Zukunft zu meistern. Denn auf die wichtigen Fragen, die vor uns stehen, haben die Populisten und die Rechten keine Antworten“, so Sidl, der auf ein Wiedererstarken der französischen Linken hofft: „Die EU muss endlich zeigen, wie sie das Leben aller Menschen in Europa verbessert und noch weiter verbessern kann. Das ist das einzige Rezept gegen den Populismus und gegen Strömungen wie den Brexit, die unserem gemeinsamen Europa immens geschadet haben. Deshalb ist es umso wichtiger, dass in einem für die EU so zentralen Land wie Frankreich, linke Politik wieder verstärkt ein Thema wird.“

Günther Sidl ■

Die antifaschistische Arbeit der FIR heute (Teil 2)

Zwei Beiträge sollen die Internationale Föderation der Widerstandskämpfer (FIR) – Bund der Antifaschisten, ihre Geschichte und ihr politisches Profil vorstellen.

Heute hat die FIR etwa 60 Mitgliedsverbände in über 25 europäischen Ländern, in Israel und Lateinamerika. Die politischen Bedingungen haben sich geändert, aber die Aufgaben sind immer noch das Versprechen: „Nie wieder!“ Das bedeutet, sich für die Bewahrung der historischen Wahrheit über den Widerstandskampf, über den Faschismus und die Rolle aller Kräfte der Anti-Hitler-Koalition einzusetzen. Anders als früher muss diese Arbeit nun ohne die Zeitzeugen auskommen. Es finden sich nur noch sehr wenige Überlebende in den Reihen der Verbände. Die nachgeborenen Generationen müssen diese Aufgabe heute übernehmen. Zusammen mit politischen und gesellschaftlichen Partnern, Mitgliedsverbänden und Institutionen organisierte die FIR in den vergangenen Jahren internationale antifaschistische Konferenzen, Gedenkveranstaltungen anlässlich der Befreiungstage und große internationale Jugendtreffen in KZ-Gedenkstätten („Zug der Tausend“). Das erste Treffen fand 2008 in der Gedenkstätte Buchenwald statt. Dann folgten zwei große Begegnungen in Auschwitz, bevor die Corona-Pandemie dieses Projekt im Frühjahr 2020 abrupt stoppte. Nun ist geplant, im April 2025 erneut eine internationale Jugendbegegnung in Buchenwald mit gut 1.000 jungen Leuten aus vielen europäischen Ländern durchzuführen. Zusagen aus Belgien, Frankreich, Italien, Portugal, Spanien und Ungarn liegen bereits vor.

Die Bewahrung der Erinnerung bedeutet auch, sich gegen die in verschiedenen europäischen Ländern sichtbaren Formen der Geschichtsrevision mit klaren Positionen und öffentlichen Aktionen einzusetzen. Die FIR war die erste internationale Organisation, die sich im Herbst 2019 mit einer klaren Stellungnahme gegen die skandalöse Resolution des Europaparlaments zu Wort gemeldet hat. Diese Stellungnahme ist in den folgenden Wochen vielfältig in politischen Veranstaltungen, in nationalen Medien und in den sozialen Netzwerken aufgegriffen worden und als Orientierung im Handeln gegen Geschichtsrevision verstanden worden. Die FIR unterstützt ihre Mitgliedsverbände in ihrem Bestreben, die Denkmäler und Gedenkorte für die Befreiung und die Befreier vor einer Schändung, Zerstörung oder Umwidmung zu bewahren. Wenn das Denkmal für Marschall Konew, den Befreier des Vernichtungslagers Auschwitz in Prag abgeräumt wird, fordert das unseren lautstarken Protest. Immer wieder sehen unsere



Ulrich Schneider vor einem Denkmal für getötete sowjetische Kriegsgefangene in Stukenbrok

Mitgliedsverbände es als sehr hilfreich an, wenn sich eine internationale Organisation in solchen Auseinandersetzungen zu Wort meldet.

Die FIR unterstützt aber auch die Proteste gegen Nazi-Rehabilitierung, sei es in Riga, Budapest, Sofia oder Bleiburg, wo extreme Rechte und Nationalisten Nazikollaborateure zu „Freiheitshelden“ umdichten wollen.

Die Aussage „Nie wieder Faschismus!“ bedeutet, dass wir uns zusammen mit den nationalen Mitgliedsverbänden engagiert gegen die jeweiligen rechtspopulistischen oder offen faschistischen Kräfte engagieren. Natürlich können wir uns nicht in nationale Wahlkämpfe einmischen, aber schon bei den letzten Wahlen zum europäischen Parlament entwickelten wir Plakate und andere Materialien für die antifaschistische Aufklärungsarbeit gegen den Vormarsch extrem rechter Parteien. Solche Unterstützung für unsere Mitgliedsverbände werden wir auch bei den kommenden Wahlen 2024 leisten. Zum politischen Austausch über die Gefahr des Neofaschismus in Europa führten wir 2022 eine Kurzkonferenz in Budapest und – zusammen mit SUBNOR Serbia – eine internationale antifaschistische Konferenz in Belgrad durch.

Selbstverständlich ist Frieden ein zentrales Thema der FIR. Angesichts des Ukraine-Krieges

appellierten wir gemeinsam mit dem Weltveteranenverband (WVF / FMAC) im November 2022: „Waffen werden niemals Frieden bringen, Diplomatie und Verhandlungen sind der einzige Weg. Dies ist vor allem notwendig, um das Leben der Zivilbevölkerung auf beiden Seiten zu retten.“

Darin sehen wir uns auch in Übereinstimmung mit Papst Franziskus, der eindringlich vor der Gefahr eines Atomkrieges gewarnt hat, der nicht nur auf dem Schlachtfeld, sondern auch für alle europäischen Länder und erst recht für die gesamte Menschheit katastrophale Folgen haben wird.“

Gemeinsam mit den Angehörigen heutiger Generationen tritt die FIR heute ein gegen Neofaschismus, Antisemitismus, Rassismus und Terrorismus und deren gesellschaftliche Wurzeln, für Frieden, politische und soziale Menschenrechte und Demokratie.

Ulrich Schneider ■



Fritz Bauer

Vor 120 Jahren, am 16. Juli 1903, wurde in Stuttgart Fritz Bauer geboren. Der Sozialdemokrat war von 1956 bis 1968 Generalstaatsanwalt in Hessen und machte sich um die gerichtliche Verfolgung von NS-Tätern verdient. Fritz Bauer wurde als Sohn liberaler jüdischer Eltern geboren, war aber bekennender Atheist. Sein Vater war der Textilgroßhändler Ludwig Bauer. Bauer studierte Rechtswissenschaft in Heidelberg, München und Tübingen. Bereits während seiner Studienzeit engagierte er sich in einer liberalen Studentenverbindung, 1930 wurde er jüngster Amtsrichter der Weimarer Republik.

Sehr rasch wurde Bauer politisch aktiv. 1920 trat er der SPD bei, später übernahm er den Vorsitz des Republikanischen Richterbundes in der Ortsgruppe Stuttgart des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold. Am 23. März 1933 wurde er verhaftet und verbrachte acht Monate in den KZ Heuberg und Oberer Kuhberg. Er sollte eine Loyalitätserklärung unterzeichnen, was er jedoch ablehnte. Es sollte für die Nationalsozialisten ein „Treuebekenntnis einstiger Sozialdemokraten“ sein. Aus dem Staatsdienst wurde Bauer auf der Basis des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums entlassen.

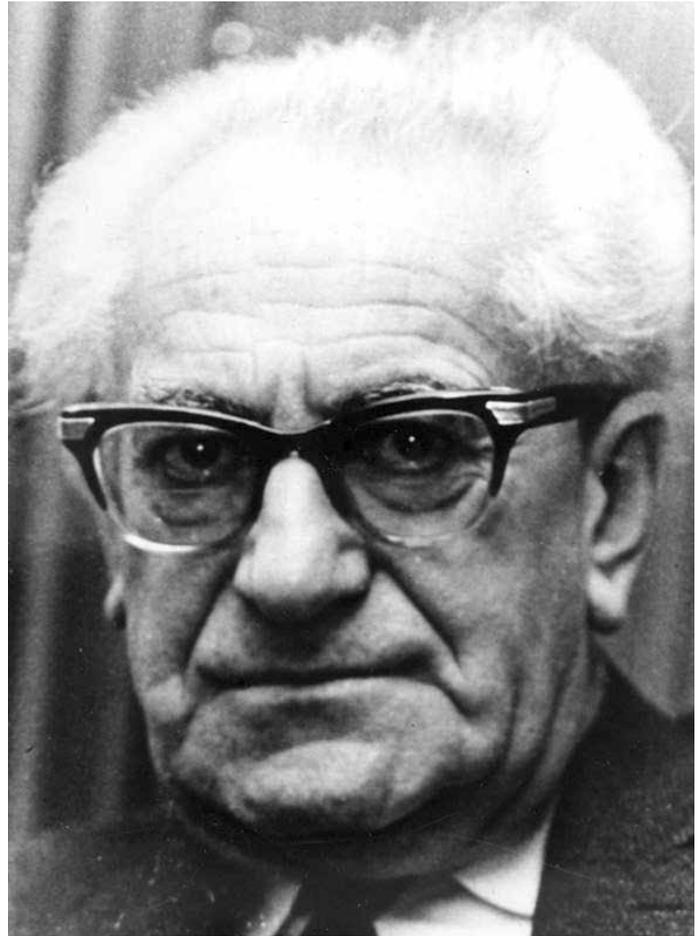
1936 emigrierte er nach Dänemark. Nach der deutschen Besetzung entzogen ihm die dänischen Behörden im April 1940 die Aufenthaltsbewilligung und internierten ihn drei Monate in einem Lager. Zu seinem Schutz heiratete er im Juni 1943 eine „arische“ Dänin. Im Oktober 1943, als die Nazis die dänischen Juden in das KZ Theresienstadt brachten, tauchte er unter und wurde im Rahmen der Rettung der dänischen Juden mit Unterstützung einheimischer HelferInnen nach Schweden übergesetzt. Dort traf er Willy Brandt, arbeitete als Archivgehilfe und gründete mit Brandt die Zeitschrift „Sozialistische Tribüne“.

Im Jahr 1949 kehrte Bauer nach Deutschland zurück, 1950 wurde er Generalstaatsanwalt beim Oberlandesgericht Braunschweig. Auf Initiative des Ministerpräsidenten Georg-August Zinn (SPD) wurde er in das Amt des hessischen Generalstaatsanwaltes mit Sitz in Frankfurt am Main berufen. Dieses Amt hatte er bis zu seinem Tod 1968 inne.

1957 informierte Fritz Bauer den israelischen Geheimdienst Mossad über den Wohnort Adolf Eichmanns in Argentinien. Bauer misstraute der deutschen Justiz - er befürchtete, Eichmann würde gewarnt - und wandte sich direkt nach Israel. 1959 wurde auf seine Initiative hin ein Konvolut von 100.000 Fahndungsakten nicht ans Bundesarchiv, sondern an die zentrale Stelle zur Aufklärung von NS-Verbrechen übergeben. 1959 erreichte Bauer, dass der Bundesgerichtshof die „Untersuchung und Entscheidung“ in der Strafsache gegen Auschwitz-Täter dem Landgericht Frankfurt am Main übertrug. Auf Weisung Bauers leitete die dortige Staatsanwaltschaft ein Ermittlungsverfahren gegen vormalige Angehörige und Führer der SS-Wachmannschaft des KZ Auschwitz ein. Der erste Auschwitzprozess in Westdeutschland, die „Strafsache gegen Mulka u.a.“, wurde schließlich im Dezember 1963 gegen 22 Angeklagte vor dem Landgericht Frankfurt am Main eröffnet.

In der bundesdeutschen Nachkriegsjustiz war Bauer wegen seines Engagements sehr umstritten, die meisten damaligen Juristen hatten doch in der Zeit davor schon der NS-Diktatur gedient. Medien zitierten ihn mit dem Satz: „Wenn ich mein Dienstzimmer verlasse, betrete ich feindliches Ausland.“

Bauer hielt 1960 vor Vertretern von Jugendverbänden das Referat „Die Wurzeln faschistischen und nationalsozialistischen Handelns.“ Der Vorschlag des rheinland-pfälzischen Landesjugendringes, den Text Oberstufengymnasien und Berufsschulen als Broschüre zur Verfügung zu stellen,



Wikipedia

wurde 1962 vom jungen CDU-Abgeordneten Helmut Kohl forsch abgelehnt: „Der zeitliche Abstand vom Nationalsozialismus sei zu gering um sich ein Urteil bilden zu können.“

Fritz Bauers Werk galt dem Aufbau einer demokratischen Justiz. Die Frankfurter Auschwitzprozesse (1963-1981) wären ohne Bauers hartnäckigen Einsatz nicht zustande gekommen. Breite Schichten in der Bevölkerung lehnten die Verfahren ab. Die Täter wurden nur zu wenigen Jahren Haft wegen Beihilfe zum Mord verurteilt, und später auch begnadigt. Trotzdem besteht das Verdienst von Bauer darin, durch die von ihm angestregten Prozesse ab Mitte der 1960er Jahre die öffentliche Auseinandersetzung mit dem Holocaust eingeleitet zu haben.

Fritz Bauer wurde am 1. Juli 1968 tot in seiner Wohnung aufgefunden. Der Gerichtsmediziner vermutete Suizid. Darauf hinweisende Verhaltensweisen Bauers vor seinem Tod fehlten. Er wurde auf seinen Wunsch entgegen jüdischer Tradition eingäschert, die Urne wurde im jüdischen Teil des Ostfriedhofs in Göteborg beigesetzt.

Filmtipp: „Der Staat gegen Fritz Bauer“ (2015)



Schönbergs „Wiener Schule“ als Bollwerk gegen den Faschismus

Arnold Schönberg sowie seine Schüler Anton Webern und Alban Berg gelten (als „Wiener Schule“) allgemein als Komponisten, die durch ihre Abkehr von der Tonalität eine „elitäre“ Musiksprache entwickelt hätten. Umgekehrt gilt der Schönberg-Schüler Hanns Eisler als Verfasser von in „linken“ Kreisen landauf, landab gesungenen Liedern, die ungemein „ins Ohr gehen“ und durch ihre melodische Kraft den Aufstand gegen Establishment und Kapitalismus gleichsam vorbereiten, ja fordern. Beides ist aber nur die halbe Wahrheit. Einerseits haben die drei Erstgenannten zu allgemeiner Popularität gelangende Kompositionen geschrieben (Schönberg z. B. das Streichsextett „Verklärte Nacht“ oder die „Gurre-Lieder“, Webern die „Passacaglia“, Berg die „7 frühen Lieder“) und auch später durchaus „ins Ohr gehende“ Erfolgswerke vorgelegt (Berg etwa die Oper „Wozzek“, Schönberg das „Kol nidre“), andererseits gibt es von Eisler zahlreiche atonale oder zwölftönig konzipierte Schöpfungen, auf deren Kunstfertigkeit er immer besonders stolz war. - Doch unabhängig davon, in welchem Stil die genannten Musiker komponierten: Sowohl in ihren „musiksprachlichen“ Werken als auch in ihren Schriften zeigten sie sich als überzeugte, ja kämpferische Antifaschisten.

Arnold Schönberg

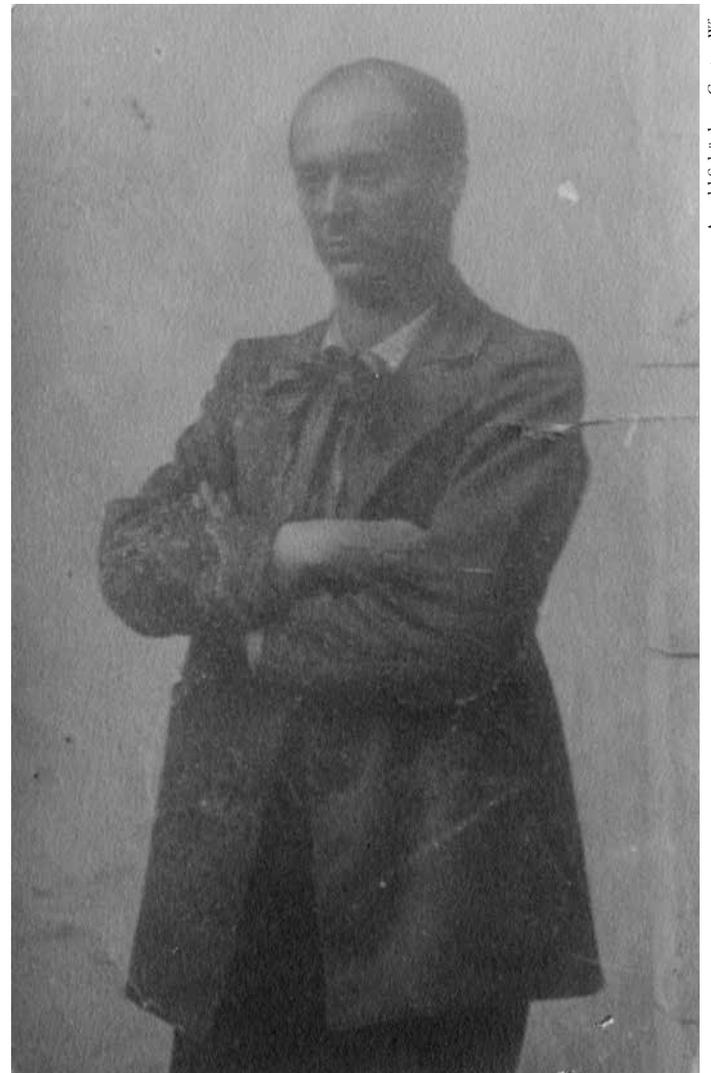
Der „Lehrer“ der „Wiener Schule“ war gleichsam „erblich belastet“, war sein Vater Samuel doch von Beginn an in dem 1867 von Josef Scheu gegründeten „Arbeiter-Bildungsverein“ aktiv - jenem Josef Scheu, der 1868 das bis heute als „sozialdemokratische Hymne“ fungierende „Lied der Arbeit“ (Text: Josef Zapf) vertonte, der 1891 maßgeblich an der Gründung des Verbandes der Arbeitergesangvereine Niederösterreichs (samt Wien) beteiligt war und schließlich 1901 den „Verband der Arbeiter-Gesangvereine Oesterreichs“ ins Leben rief. Und Scheu, laut dem späteren Bundespräsidenten Karl Renner „der edle Sänger, der herrliche Mensch, der Unvergessliche“, „verschaffte Schönberg eine Chorleiterstelle“: 1895 beim „Metallarbeiter-Sängerbund“ Stockerau, in jenem Jahr, in dem Schönberg seinem Jugendfreund David Josef Bach schrieb, „die Erkenntnis des sozialen Kampfes der Klassen“ spiele eine „entscheidende Rolle in unserem Leben“; auch „die Kunst“ müsse diese „Merkmale des Kampfes“ zeigen. (Bach wurde 1904 Ressortleiter des Musikreferates der „Arbeiter-Zeitung“, 1905 gründete er die „Arbeiter-Sinfonie-Konzerte“, 1919-1934 leitete er in Wien die „Kunststelle der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Österreichs“.)

Den Stockerauer Chor leitete Schönberg wohl nur eine Saison (1895/96), doch blieb er den Arbeitersängern einige weitere Jahre treu: Er dirigierte den A.-S.-B. Donauefeld, kurz (1898) den A.-G.-V. „Vorwärts“ Meidling (dessen „Liedertafel“ von 14. Mai 1898 laut „Arbeiter-Zeitung“ „unter persönlicher Leitung des Vereinschormeisters Genossen Arnold Schönberg“ stand) sowie von Mitte 1896 bis Silvester 1898 den Mödlinger A.-G.-V. „Freisinn“. Und er behielt diese Arbeit in guter Erinnerung, wie er seinem Schüler Josef Polnauer Herbst 1911 schrieb: „Lieber Polnauer, ich bin sehr dafür, dass Sie solche Chorvereinigungen übernehmen. Ich habe selbst in Ihrem Alter davon gelebt, dass ich (ich war Sozialdemokrat) Arbeitervereine dirigierte. Ich habe jedenfalls [...] viel gelernt und das werden Sie auch.“

Auch die im November 1918 erfolgte Gründung des „Vereins für musikalische Privataufführungen“ war ein Zeichen antibürgerlicher Ideen, da sie gegen die „zersetzenden Erscheinungen im Konzertleben“ gerichtet war und „alle Beifalls-, Mißfalls- und Dankesbezeugungen“ untersagte. Und ein Jahr später schrieb Schönberg für die „Richtlinien für ein Kunstamt“ von Adolf Loos (u. a.) folgende Zeilen: „Die Musikschulen [...]. Der Besuch muß jedem, auch dem Ärmsten, möglich sein. Zu diesem Zwecke wird das Schulgeld in so viele Klassen abgestuft, daß es sich den sozialen Verhält-

nissen aufs engste anpaßt. [...] Die soziale Lage der Musiker muß gehoben werden. Der Oboist oder Hornist, der am Abend ein Solo blasen wird, ist ein Künstler, der in seinem Fach unfehlbarer sein muß, als die meisten Hofräte in dem ihrigen.“ Und: „Es ist nicht notwendig, daß die Kinder Reicher die Volksschule unentgeltlich besuchen und in den Mittelschulen und an der Universität von ihnen dasselbe bezahlt wird, wie von den Minderbemittelten und Armen.“

Nachdem man Schönberg im Sommer 1921 aus dem Salzburgerischen Mattsee vertrieben hatte, weil die Gemeinde „judenfrei“ sein wollte, wurde der Komponist zu einem vehementen Ankläger von Antisemitismus und Faschismus, was in Werken wie „Kol Nidre“ und vor allem „Ein Überlebender aus Warschau“ (mit seiner akribisch nachkomponierten Szene aus einem KZ) gipfelte.



Arnold Schönberg, ca. 1897

Anton Webern

Neben Schönberg stand vor allem Anton Webern, der bereits im Rahmen der „Schiller-Gedenkfeier der Wiener Arbeiterschaft“ vom 8. Mai 1905 unter Alexander Zemlinsky als Cellist mitwirkte, in einem Naheverhältnis



Archiv Jürgen Scheibera

Hanns Eisler 1943 in Hollywood

zur Sozialdemokratie (und zudem an der Wiege der „Arbeiter-Sinfonie-Konzerte“). Selbst dirigierte er ein solches Konzert erstmals im Mai 1922, ab 1925 war er der am meisten beschäftigte Kapellmeister jener Konzertserie - insbesondere, da er Dezember 1923 die Leitung des „Singvereins der Sozialdemokratischen Kunststelle“ übernommen hatte, dessen erstes großes öffentliches Konzert März 1925 im Großen Konzerthausaal stattfand. Mit seinem „Singverein“ führte Webern April 1926 (zusammen mit der „Freien Typographia“) sogar Gustav Mahlers VIII. Symphonie auf, und auch andere Werke Mahlers erklangen beispielhaft unter seiner Leitung. Als die „christlichen“ Austrofaschisten im Februar 1934 auch seinen „Singverein“ sistierten, stellte er voller Bitternis, aber auch Sarkasmus (!) fest: „und wir bereiteten gerade Bachs ‚Johannespassion‘ vor“.

Hanns Eisler

Von den vielen Schönberg-Schülern, die der Sozialdemokratie nahestanden und für die Arbeitersänger tätig waren (denen im Gegensatz zu den „bürgerlichen“ Chören, die erst ab 1933 Frauen „zuließen“, von Beginn an Frauen- und gemischte Chöre angehörten), sei neben Josef Polnauer, Paul Amadeus Pisk und Erwin Stein vor allem Hanns Eisler genannt, der seiner Freundschaft mit Anton Webern vielleicht sein Leben zu verdanken hat. Denn Webern lud ihn zu einem von ihm am 19. März 1933 dirigierten Wiener „Arbeiter-Sinfonie-Konzert“ ein, das zu einem aufsehenerregenden Protest gegen die Dollfuß-Diktatur wurde: In ihm erklang u. a. Eislers „Lied vom Kampf“, eine Montage von Nummern aus „Die Maßnahme“ sowie aus „Die Mutter“; und nach diesem Konzert kehrte Eisler nicht nach Deutschland zurück, weil die Nationalsozialisten seine Berliner Woh-

nung durchsucht hatten und er auf deren „Schwarzer Liste“ stand. Eislers zahlreiche Kampflieder für die Sache des Sozialismus („Kominternlied“, „Solidaritätslied“, „Der heimliche Aufmarsch“, „Einheitsfrontlied“ u. a.) sind hoffentlich allgemein bekannt, seine grandiosen politischen Kantaten leider weniger, und noch weniger wohl sein beklemmendes Mahnmal gegen den Nationalsozialismus, die 1958 vollendete „Deutsche Symphonie“ mit der Eröffnung „O Deutschland, bleiche Mutter“ und dem Finale „Seht unsre Söhne, taub und blutbefleckt“. - Leider sehen Österreichs Konzertveranstalter nach wie vor keine Veranlassung, dieses Werk in ihr Repertoire aufzunehmen.

Web-Tipp: www.oecasb.at/

Hartmut Krones, ÖASB ■



Die Zerstörung der Demokratie – Ausstellung und Katalog

BUCHTIPP

Im Gefolge der Gründung der Republik erlebte Österreich nach 1918 einen gesellschaftlichen Fortschritt, den es in diesen Ausmaßen noch nie zuvor gegeben hatte. Eine demokratische Verfassung, gewaltige sozialpolitische Errungenschaften und ein parlamentarisches Regierungssystem erzeugten eine Reformdynamik, die nach dem Zerfall der Koalition zwischen Christlichsozialen und Sozialdemokratie 1920 wieder zum Erliegen kam und nur noch im „Roten Wien“ mit beachtlichen Ergebnissen weitergeführt werden konnte. Zugleich verschärften sich in der Folge die politischen und kulturellen Gegensätze. Die politische Rechte konnte sich mit der jungen Republik nie wirklich anfreunden und träumte von der Beseitigung des vermeintlich „revolutionären Schutts“. Bundeskanzler Ignaz Seipel propagierte das Ideal einer „wahren Demokratie“, unter der er die Überwindung der Parteienherrschaft verstand. Im „Korneuburger Eid“ der faschistischen Heimwehrbewegung wurde 1930 die Beseitigung des Parlamentarismus und die Schaffung einer berufsständischen Volksgemeinschaft zur Überwindung des Klassenkampfes beschworen. Eine als ausweglos empfundene ökonomische und gesellschaftliche Krise verschärfte die extremistischen Tendenzen im bürgerlichen Lager. 1932 bildete der Christlichsoziale Engelbert Dollfuß eine Regierungskoalition mit den Heimwehren und dem deutschnationalen Landbund und statuierte mit atemberaubender Konsequenz das Exempel einer etappenweisen Exekution aller demokratischen und rechtsstaatlichen Institutionen. Die Anwendung des Kriegswirtschaftlichen Ermächtigungsgesetzes von 1917 ermöglichte eine willkürliche Ausnahmegesetzgebung ohne parlamentarische Legitimation. Erster spektakulärer Schritt war die Ausschaltung des Nationalrats im März 1933. An dieser zeitlichen Zäsur setzt auch die bis zum 16. Februar 2024 (Mo-Fr von 9-19 Uhr) in der Wienbibliothek im Rathaus gezeigte Ausstellung ein, bei der ausgewählte Dokumente der Zerstörung der Demokratie bis zur gewaltsamen Zerschlagung der Sozialdemokratie im Februar 1934 präsentiert werden. Ein umfangreiches Begleitbuch verschafft in 56 (!) reich illustrierten Beiträgen vertiefte Einblicke in diesen Prozess. Die Intensivierung des Kulturkampfes war dabei ein integraler Bestandteil der reaktionären Strategie gegen alle Auswirkungen der Moderne auf verschiedenen Ebenen: Rekatholisierung, Opferung der Frauenemanzipation zugunsten eines traditionellen Familienbildes, Beseitigung der Glöckel'schen Schulreform, Verbot des Freidenkerbundes, Forcierung völkischer Heimatkunst und vieles mehr. Gewaltige Manifestationen wie der Katholikentag und die Türkenbefreiungsfeier wurden zur Proklamation von Gesellschaftsbildern genutzt, die das Rad der Geschichte hinter Französische Revolution und Aufklärung zurückdrehen sollten. Vor diesem Hintergrund konnte man trotz der Frontstellung gegen den Terror des Nationalsozialismus auch der nazideutschen Bücherverbrennung positive Aspekte abgewinnen und als Tribut an die außenpolitische Anlehnung an das faschistische Italien wurde ein Theaterstück Mussolinis in das Programm des Burgtheaters genommen. Dem Abbau der Demokratie bei gleichzeitigem Ausbau des autoritären Staates entsprachen Pressezensur und Einschränkung des Streikrechts, zahlreiche Organisationsauflösungen, ein generelles Verbot von Neuwahlen, die Beseitigung des Verfassungsgerichtshofes, die Einführung der Todesstrafe und die Schaffung von Anhaltelagern sowie die Gleichschaltung der Arbeiterkammern. Die zentrale Stoßrichtung wendete sich gegen die Arbeiterbewegung. Dem „Roten Wien“ sollten über den Finanzausgleich die materiellen Grundlagen entzogen werden. Und während der Republikanische Schutzbund verboten wurde, erfolgte zugleich die Aufwertung der Heimwehren zu staatlichen Hilfstruppen. Nichtsdestotrotz gab es bis zuletzt zweifelhafte, jedoch vergebliche Versuche der Sozialdemokratie, mit der Regierung ins Gespräch zu kommen. Im Bewusstsein, dass die größte Gefahr vom Nationalsozialismus ausgehe, unterstützten die Sozialdemokraten nach dem



NSDAP-Verbot die Christlichsozialen in den Landtagen bei der Aberkennung der Mandate von nationalsozialistischen Abgeordneten in Landtagen und Gemeinderäten. Es war aber das Kalkül der damals Regierenden, den repressiven Druck auf die Sozialdemokratie so weit zu erhöhen, um Widerstand zu provozieren, der dann dazu benutzt werden konnte, um die letzte verbliebene demokratische Opposition mit dem Verbot der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei auszuschalten. Diese Rechnung ist am 12. Februar 1934 voll aufgegangen und am 1. Mai 1934 wurde mit der Verkündung einer neuen Verfassung der formelle Schlusspunkt zur Etablierung der austrofaschistischen Diktatur gesetzt.

Heimo Gruber ■

Bernhard Hachleitner, Alfred Pfoser, Katharina Prager, Werner Michael Schwarz (Hg.): Die Zerstörung der Demokratie, Österreich, März 1933 bis Februar 1934, Wienbibliothek im Rathaus und Residenz Verlag, Wien 2023, ISBN 978-3-7017-3587-7, 328 Seiten, € 35,00



Faschismus - Eine Arbeitsunterlage

BUCHTIPP

VOGB AK

Begriffe wie Postfaschismus, Neofaschismus oder Austrofaschismus begegnen uns immer wieder im Fernsehen, Radio, in Zeitungen, aber auch in persönlichen Gesprächen mit Kolleg:innen und Freund:innen. Das Wort Faschismus in seinen vielen Adaptierungen ist uns leider nur allzu gut bekannt und erinnert nicht nur an dunkle Zeiten in der Vergangenheit, sondern beschreibt noch immer politische Phänomene des Alltags.

Aufgrund der weiterhin verbreiteten Verwendung des Wortes wie auch der anhaltenden historischen wie auch kontemporären Auseinandersetzung mit Faschismen verschiedener Ausprägung wurden in den letzten Jahren zahlreiche wissenschaftliche Abhandlungen dazu veröffentlicht. Vor allem die Aufarbeitung des Austrofaschismus führte erfreulicherweise zu einer Menge an Publikationen, um auch verschiedene Teilaspekte dieses unmenschlichen Regimes aufzudecken und Interessierten zugänglich zu machen.

Mit eben dieser Motivation schrieb der erfahrene Erwachsenenbildner und aktive Antifaschist Werner Anzenberger eine leicht verständliche, aber dennoch ausführliche Abhandlung zum Thema Faschismus, die kürzlich im ÖGB-Verlag in der Publikationsserie „Politik und Zeitgeschehen“ erschien. Das kompakte Buch soll, wie der Autor selbst schreibt, als „Arbeitsunterlage für Schüler:innen, Student:innen und die Erwachsenenbildung“ zur Verfügung stehen.

Nach einer kurzen Einleitung die zur Begriff-

lichkeit des Faschismus, seiner Herkunft, seiner Verortung als rechtsextreme Ideologie Stellung nimmt, widmet sich der erste Themenkomplex des Buches dem so genannten „historischen Faschismus“. Hier fokussiert der Autor insbesondere auf den italienischen Faschismus, der mit seinem Begründer Benito Mussolini die Grundsätze realer faschistischer Politik setzte. Dieser „Urform“ des Faschismus wird entsprechend mehr Platz eingeräumt, da nachfolgende faschistische Regime sich in vielen Bereichen an das italienische Original anlehnten.

Neben Italien werden auch andere faschistische Länder, in der jeweiligen spezifischen Ausformung, wie beispielsweise der Nationalsozialismus in Deutschland, der Austrofaschismus in Österreich und der Franquismus in Spanien, in kurzer und übersichtlicher Weise dargestellt. Ein weiteres Hauptkapitel analysiert die „Kernelemente des Faschismus“ wie den Nationalismus, die Ablehnung der Demokratie, den Antimarxismus-Antisozialismus, den Rassismus, die Gewalt u.a. Gerade diese Abhandlungen vermitteln ein grundlegendes Verständnis des Charakters der faschistischen Ideologie und bilden leichtverständliche Werkzeuge, um den Faschismus und seine Eigenarten noch besser zu verstehen.

Weitere, allerdings etwas kürzere Kapitel, beschäftigen sich mit der zumeist mangelhaften Aufarbeitung der faschistischen Vergangenheit und mit den aktuellen faschistisch-politischen Ausprägungen. Das höchst informative Buch weist den interessierten Leser:innen, dank eines

Werner Anzenberger

Faschismus
Eine Arbeitsunterlage

ausführlichen Literaturverzeichnis, auch den Weg zu weiterführenden Publikationen.

Marcus Strohmeier ■

Werner Anzenberger: Faschismus. Eine Arbeitsunterlage (Politik und Zeitgeschehen 7), ÖGB-Verlag, Wien 2023, 150 S./III. Kostenlos bestellbar und online abrufbar unter www.voegb.at

Emigration in das „Land der langen weißen Wolke“

Wie die vorhergehenden sechs Bände der Buchreihe „Erinnerungen. Lebensgeschichten von Opfern des Nationalsozialismus“ widmet sich das zweibändige Werk der Frage, wie es Menschen ergangen ist, die die Flucht vor dem Nationalsozialismus in Exilländer rund um die Welt verschlagen hat.

„Exil in Neuseeland“ enthält 20 Lebensgeschichten, manche sind autobiographischer Natur, andere Biographien; jede zeichnet ein einzigartiges Schicksal nach und lässt die LeserInnen in die Lebenswelten der ProtagonistInnen eintauchen. Sie begleiten sie auf ihrer Flucht aus Österreich in ihre neue Heimat. Kein Schicksal lässt unberührt



- wie beispielsweise jenes der Brüder Hoffmann aus der Wachau, die sich in Neuseeland ein ganz neues Leben aufgebaut haben und auf ihre alte Heimat mit erstaunlicher Versöhnlichkeit zurückblicken.



Eingebettet sind die Lebenserinnerungen in Artikel, die über historische und kulturelle Hintergründe informieren: Neben einem einleitenden Artikel der Herausgeberin Renate S. Meissner zur Emigration

in das „Land der langen weißen Wolke“ (= „Aotearoa“, so nennen die Maori die beiden lang gestreckten Inseln) enthält die Publikation einen Gastbeitrag der Kultur- und Sozialanthropologin und ehemaligen Präsidentin der Österreichisch-Südpazifischen Gesellschaft Margit Wolfsberger, die im Zuge mehrerer Forschungsaufenthalte die österreichische Migration nach Ozeanien untersucht und viele ehemalige österreichische jüdische Flüchtlinge zu ihrem Exil befragt hat.

Die zweibändige Publikation sowie Rezensionsexemplare können beim Nationalfonds der Republik Österreich für Opfer des Nationalsozialismus bezogen werden.

www.nationalfonds.org



Vor 80 Jahren: Hinrichtung von Josefine und Alois Brunner

Sie kämpften bis zuletzt um ihr Leben: Josefine und Alois Brunner aus Wörgl waren am 28. Mai 1943 von dem eigens nach Innsbruck angereisten 6. Senat des nationalsozialistischen Volksgerichtshofs unter Richter Robert Hartmann zum Tod verurteilt worden. Die Mutter Josefines, NSDAP-Mitglied und glühende Verehrerin des „Führers“, hatte schon seit der Verhaftung von Tochter und Schwiegersohn drei Gnadengesuche eingereicht, am 31. Mai 1943 wandte sich auch Josefine mit einer Gnadenbitte an den Präsidenten des Volksgerichtshofs - vergeblich.

Alois Brunner, Angestellter der Reichsbahn, war seit seiner Jugend in der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei aktiv und stand im April 1934 als Teilnehmer an den Februarkämpfen im Raum Wörgl vor Gericht. Im Jahr zuvor waren bayerische Sozialdemokraten, nach der Machtübernahme durch Hitler zur Flucht gezwungen, nach Tirol gekommen und hatten vorübergehend in Wörgl Unterschlupf gefunden. Unter ihnen war Waldemar von Knoeringen, der im späteren tschechischen Exil zur führenden Persönlichkeit der Widerstandsorganisation „Neu Beginnen“ wurde. Er nutzte nun die alten Kontakte für den Aufbau von Gruppen in Südbayern und Österreich, auch das Ehepaar Brunner war zur Mitarbeit bereit. Ihr Einsatz galt nicht dem Kampf gegen den Austrofascismus, sondern von Beginn an dem als weitaus bedrohlicher wahrgenommenen NS-Regime. Alois Brunner, mehrfach verurteilt und polizeibekannt, war zu gefährdet - Josefine hingegen gelang es, über Jahre hinweg unentdeckt als Kurierin zwischen den „Stützpunkten“ der Organisation zu vermitteln. Nach Kriegsbeginn - Knoeringen war mittlerweile über Paris nach London geflüchtet - waren nicht mehr alle Widerstandsgruppen bereit, sich weiterhin an die von ihm vorgegebenen Regeln für die konspirative Arbeit zu halten:

Der Widerstand sollte, so Knoeringen, ausschließlich in der Schulung und Vorbereitung der einzelnen Kader für die Zeit nach dem Zusammenbruch des NS-Regimes bestehen, konkrete Aktionen (wie die Herstellung von Flugblättern) würden die Mitglieder zu sehr gefährden. Zur Entdeckung des Widerstandsnetzes kam es 1942, nachdem Salzburger Eisenbahner Kontakte mit einer kommunistischen Zelle aufgenommen hatten, in die schon seit längerer Zeit ein Spitzel der Gestapo eingeschleust war. Widerstandsaktionen wurden nun nicht mehr ausgeschlossen, ihre Vorbereitung durch den Transport von Pistolen und Eisenfeilspänen für die Sabotage von Eisenbahnwaggons belastete Josefine Brunner vor Gericht schwer. Sie habe sich, so das Urteil, „mit einer für eine Frau geradezu beispiellosen Einsatzbereitschaft für die Organisation Knöringen (sic!) betätigt, deren Fäden sie in der Hand hielt.“ Die Verantwortung trage dennoch ebenso sehr ihr Ehemann, der als „alter Revolutionär und Aktivist“ seine Frau auf dem Gewissen habe. Die Todesstrafe sei für beide unumgänglich: „Sie sind ihrem angestammten Volke in diesem schweren Existenzkampf in gemeinster Weise in den Rücken gefallen und haben dadurch das Recht verwirkt, in seiner Mitte weiter zu leben.“

Josefine und Alois Brunner starben am 9. September 1943 unter dem Fallbeil in München-Stadelheim. Wenige Tage zuvor hatte Reichsjustizminister Otto Thierack eine Begnadigung endgültig abgelehnt. Am 25. Mai 2023 beschloss der Wörgler Gemeinderat auf Antrag der sozialdemokratischen MandatarInnen einstimmig, die Grabstätten von Josefine und Alois Brunner sowie des Februarkämpfers Johann Lenk auf dem städtischen Friedhof zu Ehrengräbern zu erklären.

Gisela Hormayr ■



Das Ehepaar Josefine und Alois Brunner



Das Mahnmal in Wöllersdorf

Am 23. September jährt sich zum 90. Mal der Beschluss der Dollfuß-Regierung, ein Anhaltelager in Wöllersdorf zu errichten (BGBl. Nr. 431/1933). Um dies nicht zu vergessen, wurde ab 1963 die Errichtung eines Mahnmals diskutiert und mehrere Entwürfe vorgelegt. Der erste Entwurf, ein Auftrag der SPÖ-Zentrale in Wien, sah ein Mahnmal an der gerade in Planung befindlichen Südautobahn vor. Dieser Entwurf wurde, auch aus Kostengründen, nicht angenommen. Erst 1974, anlässlich des 40. Gedenkjahres der Februarkämpfe wurde unter Bundeskanzler Bruno Kreisky das Mahnmal im Bereich des Lagers errichtet.

Entstehungsgeschichte des Mahnmals im Anhaltelager Wöllersdorf

Am 1. September 1933 stellt Minister Fey (BM für öffentliche Sicherheit) den Antrag zur Internierung von „sicherheitsgefährlichen Personen“. Vizekanzler Winkler spricht von „Sammellager“ und verweist auf den negativen Eindruck der KZs in Deutschland. Kurt Schuschnigg (BM für Justiz) will den Ausdruck „Sammellager“ vermeiden, schlägt aber vor, dass ein geeignetes Gebiet in den Bundesländern gesucht wird. Ein Beschluss zum Anhaltelager Wöllersdorf liegt in den Ministerratsprotokollen nicht vor, aber am 23. September 1933 wurden mit der Verordnung BGBl. Nr. 431 die verschiedenen Anhaltelager offiziell beschlossen, wobei

sich Wöllersdorf zum größten entwickelte. Die ersten Insassen wurden dann am 17. Oktober 1933 in einer notdürftig hergerichteten Baracke untergebracht. Rasch begann der Ausbau, der dann drei Lagerbereiche umfasste. Der höchste Gefangenenbelag von 5.063 wurde am 23. September 1934 erreicht. In den Anhaltelagern, die über alle Bundesländer verteilt waren, wurden am 23. September 1934 13.388 Personen, davon 11.604 illegale Nationalsozialisten gezählt. Nach dem „Anschluss“ im März 1938 wurde das Anhaltelager Wöllersdorf geschlossen und das Inventar nach Mauthausen verlagert.

Die Diskussion über ein Mahnmal zur Erinnerung an das Anhaltelager wurde im August 1963 im Wiener Neustädter Gemeinderat gestartet und rasch zur Sache des Parteivorstandes der SPÖ-Zentrale in der Löwelstraße erhoben. Geplant war der Spatenstich dazu für den 12. Oktober, der dann aber nicht zustande kam. Ende Dezember 1963 erhielt der Architekt Dipl. Ing. Leo Kammel den Auftrag erste Planungen und Entwürfe vorzulegen. Der Entwurf vom 6. Februar 1964 sah eine stilisierte Fackel mit der Inschrift „KZ WÖLLERSDORF“, außerhalb des Lagerbereiches vor. Geplant war ein Platz bei der, damals in Planung befindlichen Südautobahn, an der Abfahrt in Wöllersdorf/ Wr. Neustadt. Dieser Entwurf wurde nicht akzeptiert, Standort und Kosten wurden diskutiert. Erst 1973 wurde der Entwurf des Künstlers Adolf Kirchner, der einen stilisierten Zaunver-



Erster Vorschlag für ein Mahnmal in Wöllersdorf: eine stilisierte Fackel.

hau darstellt, angenommen. Der Standort befand sich nun im ehemaligen Lagerbereich.

Die Inschrift wurde von „IN MEMORIAM KZ WÖLLERSDORF“ in die heutige, mit dem Schwerpunkt auf den Februaraufstand, geändert. Bei der Enthüllung des Mahnmals am 10. Februar 1974, anlässlich des 40. Jahrestages, waren u. a. Bruno Kreisky, Rosa Jochmann, Josefine Muhr und Anton Benya anwesend. Heute noch finden jährliche Gedenkfeiern beim Mahnmal statt.

Franz Gehringger ■

Wir gratulieren: Juli bis September 2023

103. Geburtstag: Weiss Franz, Steyr, **97. Geburtstag:** Cettl Hedwig, Guth Johann, Packert Walter, Wien, **95. Geburtstag:** Vogl Helmuth, Eisenstadt; Palacios-Nunez Hilde, Wels; Braun Ernst, Guttmann Rosi, Wien, **94. Geburtstag:** Riedl Josefine, St. Kanzian; Fischer Max, Zaufarek Rudolf, Wien, **93. Geburtstag:** Mang Heinz, Graz; Reichenpfader Stefanie, Linz, **92. Geburtstag:** Loidolt Franz, Perchtoldsdorf; Hörtner Rosi, Ostry Gertrude, Wien, **91. Geburtstag:** Doleys Anton, Achau; Lindner Herbert, Mannswörth; Schachter Herbert, Wien, **90. Geburtstag:** Ertl Johann, Göllersdorf; Reichstamm Gertraud, Graz; Sivec Herbert, Groß-Enzersdorf; Icha Ferdinand, Korneuburg; Klackl Franz, Sollenau; Jankowitsch Peter, Wien, **85. Geburtstag:** Leubolt Heinz, Klosterneuburg; Bauer Anton, Grosslicht Josefine, Hofrichter Maria, Jesenko Irene, Lachs Thomas, Lahl Peter, Leopoldseder Maria, Wien, **80. Geburtstag:** Buder Hannelore, Altenmarkt bei St.Gallen; Velicky Gerhard, Altlengbach; Menclik Rainer, Gänserndorf; Edelmayr Helmut, Haidershofen; Platzer Herbert, Hainfeld; Hengl Walter, Innsbruck; Zweiler Ingrid, Kalkgruben; Tondolo Manja, Klagenfurt; Wazola Peter, Korneuburg; Bsteh Ingrid, Linz; Schuller Alfred, Margarethen am Moos; Sigl Robert, Ober-Grafendorf; Weinhappl Lisa, Sierndorf; Hernach Ilse, Sittendorf; Sattleder Lois, Vöcklabruck; Anderson Herbert N., Ehrlich Grete, Fleischmann Elisabeth, Göd Ernst, Kormann Elisabeth, Nimmerrichter Hans, Novak Irmgard, Peischl Christine, Rauscher Jörg, Sogl Werner, Wien, **75. Geburtstag:** Gruber Marianne, Golling; Schnelzer Wolfgang, Graz; Bachmann Franz, Judenburg; Seif Alfred, Krems an der Donau; Tscherner Anton, Lebring-St. Margarethen; Krois Franz, Linz; Weidner Waltraud, Linz; Leutner Josef, Münchendorf; Biesenberger Herbert, St. Pölten; Bauer Christa, Blum Peter, Hickelsberger Rosalia, Lehner Franziska, Poledna Rosmarie, Stein Wolfgang, Tidl Georg, Wendl Helmut, Winklbauer Renate, Wipp Walter, Wyslych Christine, Wien



Rudolf Friemel

Rudolf Friemel, geb. 1907 in Wien, ein Sozialdemokrat, Mitglied des Republikanischen Schutzbundes, nahm am Februaraufstand als Kommandant einer Einheit teil, tötete einen Wachmann und verletzte einen zweiten. Friemel wurde zu sieben Jahren Haft in Stein und Wöllersdorf verurteilt. Nach der vorzeitigen Entlassung ging er nach Spanien, lernte dort seine zweite Frau kennen. Nach der Auslieferung aus der französischen Gefangenschaft an die Gestapo in Österreich, wurde er in das KZ Auschwitz gebracht. Hier fand die erste und einzige Hochzeit, die je in einem KZ stattgefunden hat, statt. Rudolf Friemel war auch im KZ Teil einer Widerstandsgruppe und half bei Fluchtvorbereitungen. Nachdem dies verraten wurde, wurde er mit vier weiteren Gefangenen vor 15.000 versammelten Häftlingen am 30. Dezember 1944 gehängt.

Rudolf Friemel: Ein Widerstandskämpfer in Wien, in Spanien, im KZ und eine Hochzeit im KZ Auschwitz

Am 30. Juni 2022 lud die Wiener Rathausbibliothek zu einem Vortrag und einer Ausstellung zum Nachlass von Rudolf Friemel. Gezeigt wurden Dokumente aus seinem Leben, Briefe an seine Frau und seinem Sohn Edouard und Bilder zur einzigen Hochzeit, die im KZ Auschwitz je stattfand. Anwesend war der Buchautor Erich Hackl, der das Buch „Die Hochzeit von Auschwitz“ (Zürich, 2002) schrieb und enge Kontakte zum Sohn von Rudolf, Edouard, hatte und aus all den Unterlagen des Nachlasses das Buch schrieb. Anwesend waren auch der Enkelsohn von Rudolf Friemel, Rodolphe, der schon im Frühjahr 2022 den Nachlass von Rudolf Friemel an die Wien Bibliothek übergab. Aus etlichen der Dokumente und den berührenden Briefen an seine Familie, wurde die Ausstellung über Friemel und die Hochzeit zusammengestellt.

Wer war Rudolf Friemel?

Am 11. Mai 1907 in Wien geboren, schloss er eine Automechanikerlehre 1925 ab. Er heiratete 1930 in Wien, 1932 wurde sein Sohn Norbert aus dieser Ehe geboren. Geschieden wurde die Ehe 1941.

Friemel wurde 1926 Mitglied der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei und auch des Republikanischen Schutzbundes. Als solcher nahm er als Kommandant einer Einheit am Februaraufstand in Wien teil. In der Kudlichgasse, im 10. Bezirk wurde im Zuge der Kampfhandlungen ein Wachmann getötet und ein zweiter verletzt. Er flüchtete in die Tschechoslowakei, kehrte aber 1934 zurück und wurde verhaftet. Die Diskussion mit dem Richter und die Verteidigung von Friemel in der Gerichtsverhandlung vom 8. Oktober 1935 wird in der illegalen Arbeiter-Zeitung vom 20.10.1935 recht ausführlich beschrieben.

Verurteilt auf Grund der Tötung eines Wachmannes und der Verletzung eines weiteren, zu 3,5 Jahren Haft, die im zweiten Verfahren auf sieben Jahre erhöht wurde. Anfänglich in Stein inhaftiert, wurde er im Juli 1936 nach Wöllersdorf in das Anhaltelager gebracht.

Nach der Freilassung durch Amnestie ging er nach Spanien, nahm am Bürgerkrieg auf Seite der Republik teil. Dort lernte er seine zweite Ehefrau, Margarita Ferrer Rey kennen. Der zweite Sohn von Friemel, Edouard, wurde 1941 geboren. Friemel wurde nach der Niederlage in Spanien 1939 in Frankreich verhaftet und in einem Arbeitslager untergebracht. 1941 wurde er nach Österreich gebracht und an die Gestapo übergeben.

1942 in das Stammlager Auschwitz als Funktionshäftling (Fahrbereitschaft SS) verbracht, schloss er sich bald der österreichischen Widerstandsgruppe an. Er half Häftlingen bei der Fluchtvorbereitung, wurde verraten und am 30. Dezember 1944 vor 15.000 versammelten Häftlingen, zusammen mit vier weiteren Mithelfern, gehängt.

Hochzeit in Auschwitz

Friemel hatte Margarita in Spanien kennengelernt und nach eigenen Angaben auch kirchlich geheiratet, obwohl er noch in Wien verheiratet war (Zu der kirchlichen Heirat gibt es aber keine Dokumente.). Nach der Schei-



Rudolf Friemel mit Familie, aufgenommen im KZ Auschwitz nach der Trauung

dung von seiner Wiener Ehefrau 1941 betrieb er die Verheiratung mit Margarita vehement. Gesuche von ihm, von Margarita und seinem Vater, zeigten Erfolg. Er durfte, obwohl Häftling in Auschwitz, heiraten. Vermutlich half ihm dabei sein Status als Funktionshäftling. Die Hochzeit fand am 18. März 1944 im KZ Auschwitz statt. Da er das Lager nicht verlassen durfte, reisten sein Vater Klemens Friemel, sein Bruder, Margarita und der gemeinsame Sohn Edouard nach Auschwitz.

Für die Hochzeit durfte er sich die Haare wachsen lassen und durfte im Zivilanzug heiraten. Sieht man sich das Hochzeitsfoto an, kann man keinen Unterschied zu anderen Vermählungen erkennen (siehe Foto). Viele handgefertigte Glückwunschkarten der Mithäftlinge wurden für das Brautpaar geschrieben. Eine Nacht duftete er mit Margarita im KZ-Bordell verbringen. Danach sahen sie sich nie mehr.

Nach Ende des Zweiten Weltkrieges ging Margarita mit ihrem Sohn nach Südfrankreich.

Erinnerungen:

- Gedenktafel in Wien 10, Ernst Ludwig Gasse 8, Stiege 1 und seit 2004 die
- Rudolf-Friemel-Gasse in Wien 10
- In Auschwitz, am Block 4 befindet sich eine Gedenktafel, mit den am 30. Dezember 1944 hingerichteten Ernst Burger, Rudolf Friemel und Vickerl (Ludwig) Vesely



Gerald Netzl

Mosaik im Museum Ležáky östlich von Prag

Operation Anthropoid - Gedenkstätte Ležáky

Im September 1938 opferten die Westmächte Frankreich und Großbritannien gemeinsam mit dem faschistischen Italien die deutsch besiedelten Sudetengebiete Hitler-Deutschland. Entgegen Hitlers Garantien der tschechoslowakischen territorialen Integrität für die Zukunft, marschierte die Wehrmacht am 15. März 1939 in die „Rest-Tschechei“ ein und errichtete das Protektorat Böhmen und Mähren, im Osten entstand der Satellitenstaat Slowakei.

Ein Teil der tschechischen Regierung konnte nach England fliehen. In London etablierte Präsident Edvard Beneš eine Exilregierung, die zur Festigung des Ansehens in ihrer besetzten Heimat Sabotageakte durchführen ließ. Von den Briten ausgebildete tschechische und slowakische Soldaten wurden nachts mit Fallschirmen über ihrer Heimat abgesetzt. Sie sollten Kontakt zum Untergrund aufnehmen und Aktionen wie Sprengungen von Fabrikanlagen und Aufstellung von Funkpeilsendern zur Orientierung für alliierte Bombenflugzeuge durchführen.

Reinhard Heydrich, seit September 1939 Chef des Reichssicherheitshauptamts (RSHA), wurde im Oktober 1941 stellvertretender Reichsprotektor in Böhmen und Mähren (siehe „Kämpfer“ 1/2022 S. 15). Er löste eine brutale Verfolgung des tschechoslowakischen Widerstands aus („Heydrichiade“), die ihm den Beinamen „Henker von Prag“ eintrug. „Operation Anthropoid“ war der Codename für ein Attentat auf Reinhard Heydrich am 27. Mai 1942 in Prag, den einzigen erfolgreichen Anschlag auf ein Mitglied der NS-Führungsschicht zur Zeit des Nationalsozialismus. Jan Kubiš und Jozef Gabčík, zwei Unteroffiziere der tschechoslowakischen Exilarmee, sollten Heydrich töten. Als Leiter des RSHA und damit der Gestapo war er zugleich der entscheidende Organisator der Shoa und einer der Hauptverantwortlichen für die Verfolgung und Ermordung der Juden in

dem vom NS-Regime besetzten Europa.

Nach dem Tod Heydrichs am 4. Juni begingen die Nationalsozialisten massive Racheakte an der Zivilbevölkerung. Dabei kam es zum Massaker von Lidice am 9./10. Juni 1942 sowie zur vollständigen Zerstörung der Ortschaft Ležáky, die sich hundert Kilometer östlich von Prag befindet. In beiden Fällen wurde die gesamte männliche Bevölkerung sowie ein Großteil der Frauen und Kinder getötet. In dem Weiler Ležáky befand sich eine Widerstandsgruppe, die die Operation Anthropoid unterstützte. Die ehemalige Steinmetzortschaft diente seit Dezember 1941 als Versteck der Fallschirmspringer und der Funkstation Libuše. Die Verwandten der Fallschirmjäger und ihre Mitarbeiter, 254 Personen, wurden alle am 24. Oktober 1942 im Konzentrationslager Mauthausen hingerichtet.

Schon bald nach der Befreiung von der Nazi-Herrschaft wurde eine Gedenkstätte geschaffen. Zum achtzigsten Jahrestag des Massakers befindet sie sich in einem modernen Zustand und drückt den hohen Stellenwert aus, den die tschechische Gesellschaft diesem Gedenken einräumt. Das Museum ist klein und kommt mit wenig Exponaten aus, es ist eingebettet in eine Gedenklandschaft („Pietätsgebiet“). Ein Film in tschechischer Sprache (mit englischen Untertiteln) bringt den BesucherInnen die tragische Geschichte nahe.

Webtipp: www.lezaky-memorial.cz/de

Gerald Netzl ■



BUND SOZIALDEMOKRATISCHER
FREIHEITSKÄMPFERINNEN,
OPFER DES FASCHISMUS
UND AKTIVER ANTIFASCHISTINNEN

1010 Wien, Löwelstraße 18

Tel.: 01 / 53 427/277 • Fax: 01 / 534 27/258 • E-Mail: kaempfer@spoe.at
http://www.freiheitskaempfer.at



Bund sozialdemokratischer Freiheitskämpfer/innen

Landesorg.: _____ Bezirksorg.: _____

Mitgliedsanmeldung

Mitglieder können der SPÖ angehören, dürfen aber bei keiner anderen Partei Mitglied sein.

Zuname: _____
 Akad. Grad, Titel: _____
 Vorname: _____
 Adresse: _____
 PLZ: _____ Ort: _____
 Tel.: _____ E-Mail: _____
 Geb.: Tag Monat Jahr

Beitrittserklärung- Information des Betroffenen gemäß der Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO)

Ihre Daten werden für die Zwecke der Mitgliederverwaltung, -betreuung und -information von uns verarbeitet. Ohne Bereitstellung der notwendigen Daten ist eine Inanspruchnahme der Leistungen aus der Mitgliedschaft nicht möglich. Mit Ihrem Beitritt entsteht ein Rechtsverhältnis zum Bund Sozialdemokratischer FreiheitskämpferInnen, das auch Rechtsgrundlage der Datenverarbeitung ist. Datenübermittlungen finden nur innerhalb unserer Organisationen sowie zu Auftragsverarbeitern (wie z.B. Druckereien oder Versandagenturen) statt. Es werden keine Daten an ein Drittland oder eine internationale Organisation übermittelt. Ihre Daten werden solange verarbeitet, solange ihre Mitgliedschaft bzw. solange noch Ansprüche aus der Mitgliedschaft bestehen können und so ferne nicht gesetzlich längere Aufbewahrungsfristen vorgeschrieben sind. Es findet keine automatisierte Entscheidungsfindung, Scoring, Profiling oder Vergleichbares statt. Sie haben das Recht auf Auskunft, auf Berichtigung oder Löschung, sowie ein Recht auf Einschränkung der Verarbeitung, auf Widerspruch und auf Datenübertragbarkeit. Sie haben das Recht sich bei Unzulänglichkeiten bei der österreichischen Datenschutzbehörde (www.dsb.gv.at) zu beschweren. Eine transparente Datenverarbeitung ist wesentliches Anliegen des Bund sozialdemokratischer FreiheitskämpferInnen, Verantwortlicher der Datenverarbeitung ist der Bund sozialdemokratischer FreiheitskämpferInnen Löwelstraße 18, 1010 Wien. E-Mail: kaempfer@spoe.at

Datum

Unterschrift

geworben von: _____

MitarbeiterInnen dieser Ausgabe: Ingrid Antes, Klaus Bergmaier, Elgin Feuschar, Seff Fiala, Franz Gehringer, Heimo Gruber, Gisela Hormayr, Ali Kohlbacher, Andreas Kranebitter, Hartmut Krones, Robert Laimer, Dominik Lang, Bernhard Macek, Gerald Netzl, Ulrich Schneider, Arijana Šegalo, Martin Senekowitsch, Günther Sidl, Robert Streibel, Marcus Strohmeier.

Grafische Gestaltung: Wien Work – Digital Media

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 25. August 2023

Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe: 17. November 2023

Impressum:

Medieninhaber und Herausgeber: Bund Sozialdemokratischer FreiheitskämpferInnen, Opfer des Faschismus und aktiver AntifaschistInnen. 1014 Wien, Löwelstraße 18, Telefon: 01/534 27-277, Fax: Dw. 258, E-Mail-Adresse: kaempfer@spoe.at, Internetadresse: www.freiheitskaempfer.at.

Fotos: Redaktion FreiheitskämpferInnen

Hersteller: Wien Work - Digital Media, 1220 Wien

Offenlegung nach § 25 Mediengesetz: Information über neofaschistische und rechtsextremistische Bewegungen, Vereinsnachrichten, Informationen der Opfer des Faschismus. Die im „Kämpfer“ veröffentlichten Artikel und Kommentare geben nicht notwendigerweise die Meinung der Redaktion oder des Bundesvorstandes wieder.

Zlnr.: GZ 02Z033355M

Österreichische Post AG
MZ GZ02Z033355M